

Das Comeback des Jahres



Mit Beiträgen von Vincent Bababouilabo, Robert Blättermann, Katharina Dahme, Kathrin Gebel, Katalin Gennburg, Mersedeh Ghazaei, Thomas Goes, Nelson Janßen, Niema Movassat, Philipp Möller, Inva Halili, Luke Hoß, Kalle Kunkel, Jule Nagel, Elisa Otzelberger, Nina Papenfuß, Carlos Seefeld, Nathalie Steinert, Manuel von Stubenrauch, Isabelle Vandredre, Anja Voigt

Inhalt

Elisa Otzelberger: Die Herausforderungen annehmen.	3
Katharina Dahme: 161 Gründe für den Erfolg ...und wie wir ihn verstetigen.	4
Inva Halili & Jule Nagel: Wir können auch mal verlieren, aber niemals den antifaschistischen Kampf	7
Thomas Goes: Mehr ökologische Klassenpolitik: Wie Die Linke noch stärker werden könnte	10
Interview mit Anja Voigt, Carlos Seefeld & Manuel von Stubenrauch: Ist Die Linke eine Arbeiter:innenpartei?	12
Niema Movassat dokumentiert: Antiimperialismus für unsere Zeit	16
Katalin Gennburg: Die ganze Klaviatur des Parlamentarismus	18
Nelson Janßen: Mandate von und für die Partei	19
Isabelle Vandré: Praxistest Aufbruch - oder: Der Weg ist das Ziel	20
Nina Papenfuß: Zwischen Sonne und Beton - Neukölln Dreaming	22
Kathrin Gebel & Elisa Otzelberger: Are you ready for it?	24
Interview mit Vincent Bababouilabo: „Ohne uns läuft der Laden nicht“	26
Philipp Möller: Strategie für den Mietendeckel	28
Robert Blättermann: Wir alle statt nur Auserwählte	30
Nathalie Steinert: Meine Generation setzt auf Die Linke	32
Mersedeh Ghazaei: Menschen empowern, die Rassismus erfahren	34
Kalle Kunkel: Von Hoffnung und Last der Verantwortung	36
Luke Hoß: Politik anders machen	38

Die Herausforderungen annehmen

Das Comeback der Linken ist da. Und es ist umso bedeutender, wenn wir auf die gesellschaftlich politische Großwetterlage schauen: Klimakrise, Kriege, Aufrüstung, Militarisierung schaffen neue Unsicherheiten. Weltweit erstarken rechte Kräfte, die USA entwickeln sich unter Präsident Trump im Eiltempo zur Autokratie. Wir erleben diese Entwicklungen auch hier in Deutschland, wo unter der Ampelregierung dreieinhalb Jahre gekürzt wurde was nur ging und wo alle Parteien in dieser Zeit weiter nach rechts gerückt sind. Wo die AfD bei der Bundestagswahl zur zweitstärksten Kraft wurde und wo der neue Kanzler Friedrich Merz heißt.

Gleichzeitig entsteht in dieser Gemengelage ein Fenster der Chancen für die Linke. Nach jahrelanger Krise ist sie zurück, sie ist auferstanden aus Ruinen. Wir haben eine Chance, als starke Linke den Mietendeckel durchzusetzen. Eine Chance, die Lebensmittelpreise zu senken und die Löhne zu erhöhen. Eine Chance, die sozial-ökologische Transformation anzupacken, und soziale Infrastruktur für die vielen. Eine Chance, als Linke die soziale Opposition zu sein, die AfD, Merz und Co. eine Politik entgegensetzt, die dem Rechtsruck klare Kante zeigt und nicht mitmacht bei der menschenfeindlichen Migrationsdebatte der anderen.

Hinter unseren Chancen verbergen sich aber drei große Herausforderungen: Wir müssen es erstens schaffen, unseren Erfolg zu verstetigen, indem wir die Partei von unten neu aufbauen. Das ist eine Herausforderung, denn Die Linke hat Wachstumsschmerzen, sie war nicht überall gut vorbereitet auf den Schwung, den die vielen Neuen mitbringen. Wir erneuern nun gemeinsam unsere Kreisverbände und etablieren Aktivenstrukturen.

Wir müssen als Partei wachsen und lernen, wichtige Konflikte zu führen, denn wir sind uns nicht in allem einig. Wie wir auf die Kriege in der Ukraine und in Gaza blicken zum Beispiel, oder wie unser Agieren im Parlament aussieht. Die zweite Herausforderung ist es deshalb, diese inhaltlich-programmatischen Konflikte zu führen, aber uns dabei nicht zu zerlegen, sondern gemeinsam weiterzuentwickeln. Wir sind den Erfolg nicht gewöhnt, aber wenn wir wachsen wollen, dann braucht es Klärungsprozesse um unser strategisches Verhältnis zum Parlament, um Mandatszeitbegrenzung und Gehälterdeckelung, die wir als Forderungen weiterentwickeln müssen. Das ist die dritte Herausforderung. Wer Die Linke kennt, ahnt: Es gibt noch viele Herausforderungen mehr, und um sie gemeinsam zu überwinden, müssen wir nach vorn gerichtet aus den Fehlern der Vergangenheit lernen.

Als Linke nicht zu enttäuschen und diese soziale Opposition als sozialistische Mitgliederpartei, die lernt und wächst, in den Kreisverbänden und im Parlament aufzubauen, ist die Aufgabe von uns allen. Von den tausenden Neumitgliedern, die dazugestoßen sind, von den Erfahrenen, die ihre Krisenfestigkeit bewiesen haben und von denen, die vielleicht noch nicht überzeugt von der Linken sind, aber zumindest überzeugt sind davon, dass es sie braucht und dass sie auf einem guten Weg ist.

Unser Comeback ist eine Einladung an uns alle, diese Aufgabe anzugehen für eine starke neue Linke. Wir sind über Hunderttausend und werden jeden Tag mehr, gemeinsam machen wir das möglich.

Elisa Otzelberger

für den Ko-Kreis der Bewegungslinken

Konzept und Redaktion: Katharina Dahme, Elisa Otzelberger | **Gestaltung:** Pia Chwalczyk

Fotos: Martin Heinlein, Tim Lüddemann, Julien Then, Bea Wagner

Impressum: BAG Bewegungslinke, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

161 Gründe für den Erfolg ...und wie wir ihn verstetigen.

Katharina Dahme

Die Linke hat in den Monaten vor der Wahl vieles richtig gemacht und dann die Ernte eingefahren. Es ist wichtig, nun die Gründe dafür zu analysieren, gemeinsame Schlüsse daraus zu ziehen und die neue Situation zu analysieren. Wer seine Strategie nicht ständig hinterfragt und wenn nötig korrigiert, gerät schnell wieder in die Defensive.

„Die Zukunft der Linken wird eine Zukunft ohne Sahra Wagenknecht sein“, sagte Janine Wissler bei der Pressekonferenz im Juni 2023 nach einem Beschluss des Parteivorstandes. Die im Herbst desselben Jahres folgende Abspaltung hielt ich nie für einen historischen Fehler, wie manch andere Partei- oder Stiftungspromis, sondern vielmehr für eine historische Notwendigkeit für das Überleben unserer Partei. Auch war ich überzeugt, dass es für eine Linke ohne das, was man heute als BSW kennt, ein erhebliches Potenzial gibt. Als aber trotz Aufbruchstimmung die Umfragewerte lange bei 3 Prozent stagnierten, verlor ich zu gegeben etwas die Zuversicht. Es brauchte eine Weile, die verloren gegangene Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Für die dann einsetzende Dynamik, mit wöchentlich steigenden Umfragewerten und einem Wahlergebnis von fast 9 Prozent,

gab es sehr viele Gründe – ein sehr entscheidender war die lang vermisste Geschlossenheit.

Es ist das Ergebnis vieler Puzzleteile und es ist ein Geschenk, dessen wir uns bewusst sein müssen, um nicht zu verspielen, welche Möglichkeiten uns damit gegeben wurden. Und um das Vertrauen, die Hoffnung, die viele angesichts des Grauens ihres Alltags oder der Ankündigungen der Merz-Regierung in uns gesteckt werden, nicht zu enttäuschen. Die Grünen haben vorgemacht, wie man eine ganze Generation von engagierten jungen Menschen verheizt.

Einige der Gründe für unseren Erfolg: Die erwähnte Geschlossenheit; unser Auftritt bei Social Media; neue Mitglieder, die sehr aktiv waren und zugleich als Multiplikator:innen in ihrem Umfeld wirken; eine aufsuchende Parteipraxis insbesondere durch die Haustürgespräche; Gebrauchswert dank Sozialberatungen, Heizkostencheck und Mietwucher-App; Glaubwürdigkeit durch Deckelung der Gehälter; (nach innen) einigende und (nach außen) überzeugende Spitzenkandidat:innen sowie auf unterschiedliche Art prominente Direktkandidat:innen.

Die Fokussierung auf zwei soziale Themen (Mieten & Preissteigerungen) und die klassenpolitische



Ansprache Unten vs. Oben, die im Zweifel auch bei anderen aufkommenden Themen, angewendet wurde, waren ebenfalls wichtig – angesichts des Nicht-Vorkommens der Partei in den Medien und der Subsumierung unter sonstige Parteien bei den Umfragen. Hier lauert aus meiner Sicht aber der erste Fallstrick: Kann eine Strategie, die im Rahmen einer zugespitzten Wahlkampagne und Umfragen von 3 Prozent richtig war, nun auf die Aufstellung der Partei für die kommenden Jahre unter Schwarz-Rot übertragen werden? Die Linke lag in den Wochen nach der Wahl stabil bei 10 Prozent und mehr in den Umfragen, auch dank „geborgter Stimmen“ von ehemaligen Wähler:innen der Grünen und der SPD. Während bei der SPD die komplette Erosion droht, werden die Grünen sehr bemüht sein, abtrünnige Wähler:innen zurückzugewinnen. Gleichzeitig sind große Teile der Bevölkerung quasi in Schockstarre angesichts der starken AfD, deren Regierungsbeteiligung für viele nur noch eine Frage der Zeit zu sein scheint – mal ganz abgesehen davon, dass für Migrant:innen rassistische Bedrohung und Gewalt alltäglich sind und weiter zunehmen.

Dass Die Linke nach diesem Wahlkampf eine Kampagne für den Mietendeckel durchführt, ist absolut notwendig, weil Miete frisst Lohn und Seele auf. Dass sie sich aber neben der Kampagne auf

soziale Themen verengt, wäre absolut falsch. Und damit meine ich nicht nur, dass sie auf Nachfrage auch auf andere Themen reagieren kann und sprechfähig ist. Wir brauchen eine offensive antifaschistische Ansprache, die die gesellschaftliche Stimmung aufnimmt und ausdrückt.

Die Rede von Heidi Reichinnek Ende Januar im Deutschen Bundestag war nicht zum Thema Mietendeckel. Auch wenn sie sicher auch dazu mit Wut und Leidenschaft im Bauch hätte sprechen können. Als Heidi Merz wegen seines historischen Versagens angriff, hat das einen Nerv von unfassbar vielen Menschen getroffen, die dankbar waren, dass – nachdem Habeck rumlavierte und bettelte – jemand ans Mikro ging und stellvertretend unser aller Wut artikuliert hat.

Glück oder Momentum?

Nach dem Wahlerfolg wurden wir gefragt, ob wir Merz danken müssten. Das ist natürlich Quatsch. Wir hätten es vermutlich auch ohne ihn geschafft und auf die Risse in der Brandmauer gern verzichtet. Viel entscheidender war das Versagen von SPD und Grünen (vom BSW will ich schon gar nicht mehr schreiben), die sich wochenlang unwürdig auf die rassistische Migrationsdebatte von AfD, CDU und FDP eingelassen haben und damit der Linken die Rolle des antifaschistischen Pols überließen, die wir Jahre zuvor dank Wagenknecht und Co. an die Grünen verloren hatten.

Es war also nicht einfach nur „Glück“ – außer für die AfD – dass Merz so abstimmen ließ, wie er es tat. Die dann weiter steigenden Umfragewerte und Eintritte in Die Linke sind aber Folge einer Partei mit Haltung in einer Zeit, wo alle anderen Parteien im Bundestag diese Haltung vermissen ließen. Dazu die Angst und Sorge vor dem Einfluss von Trump und Musk – während Jan van Aken gegen verzichtbare Milliarden wettete. Auch wenn Glück im Spiel war – etwa weil nie ein Kopf-an-Kopf-Rennen bei den Kanzleranwärtern entstand – so war es eher ein Momentum, bei dem alle Puzzleteile einer diszipliniert durchgeführten Wahlkampagne ineinandergriffen.

Haben unser Fokus auf das Mietenthema und die Haustüroffensive in diesem antifaschistischen Moment eine Rolle gespielt? Jein. Ohne den Fokus hätte Die Linke in den Wochen zuvor nicht Boden an Glaubwürdigkeit gutmachen und mit der Gesamterzählung durchdringen können. Und

trotzdem wäre es für viele Menschen nicht allein das wahlentscheidende Thema gewesen. Häufig kommen viele Motive für eine Wahlentscheidung zusammen. Bei den Nachwahlbefragungen unter Linke-Wähler:innen wird Soziale Sicherheit mit Abstand als das häufigste Thema für die Wahlentscheidung genannt. Schaut man genauer hin, erfährt man, dass 84 Prozent unserer Wähler:innen Demokratie und Rechtsstaat in Gefahr sehen, dicht gefolgt von Sorgen vor dem Klimawandel (82 Prozent). Jeweils 72 Prozent fürchten, dass der Einfluss Russlands auf Europa wächst und wir Putin und Trump schutzlos ausgeliefert sind. Ob jene Wähler:innen Die Linke wegen oder trotz ihrer außenpolitischen Positionen gewählt haben (oder was sie dafür halten), mag jeder für sich selbst mutmaßen. Daraus ergibt sich bei jedem von uns ein Lebensgefühl, an das sich nicht mit einem Kampagnenthema allein andocken lässt.

Die Linke ist eine neue Partei – aber was für eine?

Die Linke hat sich in Rekordzeit verdoppelt und ist heute eine andere Partei als Anfang 2025. Wenn sie die geborgten Stimmen nicht zurückgeben, sondern Identifikation stiften will, muss sie auf die großen Fragen unserer Zeit Antworten geben. Das bedeutet auch, sichtbar gegen die planetarische Zerstörung vorzugehen und zu verhindern, dass die Rechten das Thema von der Agenda fegen. Es wird immer heißer. Dürren und Waldbrände nehmen ebenso zu wie andernorts Überschwemmungen. Von den Folgen werden die Ärmsten und Armen als erstes und am stärksten betroffen sein.

Die Debatte über Triggerpunkte in der linken Kommunikation war anregend und wichtig, um das eigene Sprechen zu überprüfen und zu korrigieren. Es darf jedoch nicht dazu führen, dass wir zu Themen wie Klima, Rassismus oder Migration schweigen, aus Angst, Teile der eigenen Wähler:innenschaft abzuschrecken. Die anderen Parteien machen Migrant:innen und Erwerbslose zu Sündenböcken und privatisieren die Folgen von Klimakatastrophen. Wir brauchen eine Linke ohne Komplexe, die zu diesen Themen offensiv und selbstbewusst auftritt. Entscheidender als die Frage, ob man dazu spricht oder nicht, ist, dass uns eine klassenpolitische Ansprache dazu gelingt.

Von unserer Linken erwarte ich nicht nur Mut zu Haltung, sondern auch Mut zur Klärung wichtiger programmatischer Fragen. Weil die Welt sich ver-

ändert und eine lebendige Partei das wahrnehmen und diskutieren muss, weil mehr als die Hälfte der Mitglieder unserer Partei das Programm nicht mitdiskutiert und beschlossen hat und sich im Rahmen einer programmatischen Erneuerung die Positionen ihrer Partei aneignen können muss.

Und Die Linke braucht Mut zum Bruch mit eingefahrenen Arbeitsweisen. Das betrifft umstrittene Strukturreformen wie zum Beispiel die Mandatszeitbegrenzung, um Expert:innen und die Entkopplung von Mandatsträger:innen einzuschränken oder die Begrenzung der Abgeordnetergehälter. Das betrifft aber auch Arbeitsweisen im Großen und Kleinen, die es Menschen mit Full-Time-Job und/oder Familie ermöglichen, sich einzubringen – Stichwort Beteiligung und Repräsentanz von Arbeiter:innen. Man darf außerdem gespannt sein, ob sich der hohe Anteil von FLINTA unter den Neumitgliedern in den Kreisverbänden bemerkbar macht und männlich dominierte Räume aufgebrochen werden. Immerhin gehören die jahrelang von vielen Landesfürsten eher boykottierten Haustürgespräche mittlerweile zum Repertoire fast aller Landesverbände und könnten ein Schlüssel sein, in AfD-Hochburgen immerhin erstmal vorzudringen.

Es gäbe zum Wahlerfolg noch viel mehr zu schreiben, wofür kein Platz mehr ist, aber ich schließe mit einer schönen Anekdote, nämlich dass die berühmte Anti-Merz-Rede von Heidi nur zustande kommen konnte, weil Clara Bünger ihre Rede freiwillig abgab. Es ist Ausdruck eines neuen Miteinanders, so wie sich auch die Gruppe im Bundestag insgesamt während des Wahlkampfs auf eine Art in den Dienst der Partei gestellt hat, wie es sich viele Parteivorsitzende vor Ines und Jan gewünscht hätten. Eine Erfahrung, die wir hoffentlich nicht so schnell vergessen, wenn es darum geht, auch mal wieder die eine oder andere Differenz solidarisch miteinander austragen und aushalten zu müssen. Am Ende muss es immer um Die Linke gehen und wie sie nützlich für die Menschen sein kann, nie um uns selbst oder unsere Posten.



Katharina Dahme arbeitet bei einem Verlag für Fußballbücher, ist Mitglied im Ko-Kreis der Bewegungslinken und im Parteivorstand der Linken.



Wir können auch mal verlieren, **aber niemals den antifaschistischen Kampf**

Inva Halili & Jule Nagel

Der Tabubruch, als Friedrich Merz gemeinsam mit der AfD abstimmte, wurde zum kommunikativen Wendepunkt im Bundestagswahlkampf. Die klare Haltung der Linken überzeugte vor allem junge Wähler:innen.

Der Kampf gegen die AfD ist nicht nur symbolische Geste. Es geht um den Erhalt der Demokratie in den nächsten Jahren. Antifaschistische Strategien müssen daher über den „Schutz der Brandmauer“ hinausgehen und regionale sowie Ost-West-Unterschiede, den industriellen Abbau und soziale Kämpfe um bessere Löhne und wirksame Mitbestimmung – wie sie etwa Gewerkschaften führen – gezielt aufgreifen. Ob eine „antifaschistische Wirtschaftspolitik“ – wie sie in Teilen der Partei derzeit diskutiert wird – allein ausreicht, ist fraglich. Wahrscheinlich kann sie nur ein Teil einer umfassenderen Strategie sein. Wir schlagen deshalb eine „Drei-plus-Strategie“ vor: Erstens den Kampf um Demokratie, zweitens einen linken Kulturkampf, drittens einen sozialen Antifaschismus – ergänzt um eine spezifische Ost-Perspektive.

Kampf um Demokratie

Bei der Bundestagswahl hat die AfD ihr Ergebnis bundesweit verdoppelt. In allen ostdeutschen Bundesländern wurde sie stärkste Kraft, gewann fast alle Wahlkreise direkt – teils mit über 50 Prozent. Auch im Westen erzielt die AfD inzwischen

flächendeckend zweistellige Ergebnisse. Sie hat in den letzten Jahren andere neonazistische Akteure marginalisiert und aufgesogen, sie gibt der extremen Rechten eine politische Heimat, eine Plattform und Einkommensquellen. Vielerorts sind lokale Bündnisse mit der AfD schon Alltag – über 100 Kooperationen bestehen auf kommunaler Ebene, quer durch alle Parteien. Die Frage ist nicht mehr ob, sondern wann die AfD zur realen Machtoption auf Bundesebene wird. Wir befinden uns mitten im Faschisierungsprozess, dessen Ausgang offen in beide Richtungen ist. Die AfD wird alles daransetzen, sich als koalitionsfähige Kraft zu inszenieren. Ob das gelingt, hängt nicht nur von ihrer Selbstverkleidung als bürgerliche Partei ab, sondern auch davon, wie entschlossen wir als Gesellschaft dagegenhalten – mit klaren Strategien, politischem Mut und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Wer die Demokratie stärken will, muss auch das Vertrauen der Menschen in die Politik zurückgewinnen.

Die politische Einflussnahme großer Konzerne muss offengelegt und kritisiert werden. Gleichzeitig braucht es glaubwürdige Gegenmodelle, wie wir sie in der Partei stark machen. Unsere Lobby sind nicht Unternehmen, Konzerne und Tech-Giganten – es sind Menschen und Bewegungen, die die Gesellschaft von unten aufbauen.

Dem *Bild einer käuflichen Politik* müssen wir entgegenwirken. Um Vertrauen zurückzugewinnen,

braucht es klare und glaubwürdige Signale – etwa durch die Begrenzung von Mandatszeiten, eine Deckelung von Politiker:innengehältern und volle Transparenz bei Nebeneinkünften und Parteispenden.

Klassenpolitik statt Desillusionierung: Viele fühlen sich nicht gehört und vertreten. Genau hier setzen wir an: mit konkreter Unterstützung wie bei „Die Linke hilft“ und mit organisierender Politik – im Betrieb, im Viertel, in der Schule, überall dort, wo sich Alltag und Ungleichheit begegnen. Demokratie zu verteidigen heißt, Machtverhältnisse infrage zu stellen – und gelebte Alternativen sichtbar zu machen.

Kulturkampf von links

Ein wirksamer Widerstand gegen die AfD und den gesellschaftlichen Rechtsruck braucht mehr als Abwehr – er braucht einen offensiven, linken Kulturkampf: Wer bestimmt die Werte, Normen und Weltbilder unserer Gesellschaft? Was macht Antifaschismus zur Selbstverständlichkeit? Wir brauchen einen breit angelegten Gegenentwurf zur rechten Ideologie – einen, der alle Lebensbereiche durchdringt: Wissenschaft, Kultur, Bildung, Wirtschaft und vor allem die Arbeitswelt. Im Zentrum steht die Frage: Wie sieht ein gutes Leben für alle aus – und welche Gesellschaft schafft die Grundlage für Solidarität, soziale Gerechtigkeit und echte demokratische Teilhabe? Doch genauso entscheidend ist: Wer verhindert diese Gesellschaft? Wer spaltet, grenzt aus, baut soziale Rechte ab – und warum sind genau diese Kräfte die Feinde der Demokratie? Dafür braucht es:

Starke Bildungsarbeit: Antifaschistische und demokratische Haltungen müssen gezielt gestärkt und rechte Ideologien aktiv zurückgedrängt werden. Politische Bildung darf dabei nicht nur auf Aufklärung und Agitation gegen rechts zielen, sondern muss als ein Prozess der Ermächtigung verstanden werden: um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu erkennen und sie verändern zu können. Es geht nicht nur um Widerstand gegen Nazis, sondern um eine Bildung, die uns aus dem Kapitalismus befreit.

Starke Betriebe: Auch in der Arbeitswelt wächst das Misstrauen – gegenüber dem Staat, der Politik aber auch gegenüber den Gewerkschaften. Als Linke müssen wir Gewerkschafter:innen darin unterstützen, Debatten darüber in den Betrieben

aktiv zu führen. Der Erfolg liegt nicht nur in den Ergebnissen, sondern im Prozess – im gemeinsamen Handeln und in der Veränderung. Wenn Kolleg:innen spüren, dass sie gemeinsam etwas bewegen können – sei es durch Streiks, Tarifverhandlungen oder andere Formen des Widerstands – verändert sich die Stimmung im Betrieb. Dieses Gefühl der Selbstwirksamkeit ist es, das wir stärken müssen. Einheit statt Spaltung bedeutet, dass wir alle gemeinsam für etwas eintreten. Nur so können wir den autoritären und spalterischen Kräften von rechts etwas entgegensetzen.

Starke Antifa-Bündnisse: Bei großen Bündnissen wie es etwa Unteilbar oder „Hand in Hand“ waren, darf die Linke nicht fehlen. Oft sind diese Bündnisprozesse mit enormem Aufwand verbunden, der nicht immer im Verhältnis zum Ergebnis steht. Auf entsprechenden Großveranstaltungen dringt die Kritik an beteiligten Regierungsparteien nur schwer durch oder führt zu Unmut. Nichtsdestotrotz sind diese Events ein Raum der Sichtbarkeit, von Empowerment und Vernetzung. Sie werden nicht sofort das Erstarken der AfD verhindern, aber sie sind für Meinungsbildungsprozesse entscheidend. Die Linke muss in ihnen ein Sprachrohr und eine kritische Stimme jenseits nomineller Demokratie-Lobhudelei sein.

Ein linker Kulturkampf in allen Lebensbereichen bedeutet, den Mut zu haben, sich allem autoritären Denken und Handeln entgegenzustellen, Hoffnung zu verbreiten und sich zu stärken, um für ein besseres Lebenskonzept – wie den Sozialismus – zu kämpfen.

Mit sozialem Antifaschismus

Der Kampf gegen Faschismus ist untrennbar mit sozialer Gerechtigkeit verbunden. Wer rechte Ideologien bekämpft, kämpft auch für bezahlbare Mieten, einen günstigen Nahverkehr und eine Rente, die zum Leben reicht. Unsere Strategie setzt dabei auf Nähe und Beteiligung: Wir gehen zu den Menschen, hören zu, führen Gespräche an der Haustür, organisieren Mieter:innentreffen und überzeugen im direkten Austausch.

Dafür braucht es eine klare und verbindende Kampagne, die für Stadt und Land funktioniert. Mit flexiblen, anpassbaren Bausteinen können Genoss:innen vor Ort auswählen, was zu ihrer Region passt und direkt loslegen. Unsere Antworten auf soziale Spaltung, Klimakrise und Rechtsruck



müssen im Alltag der Menschen spürbar sein. Für eine Politik, die sofort entlastet und gleichzeitig in eine solidarische Zukunft investiert. Dazu gehören konkrete Forderungen wie die Einführung eines Mietendeckels, Senkung oder Deckelung der Strom- und Energiepreise oder die Einführung einer Übergewinnsteuer. In ausgebluteten ländlichen Regionen sind es die erreichbare Nahversorgung und Räume für soziales Miteinander und Kultur. Bezahlbarer Wohnraum, Investitionen in Bildung und Gesundheit, ein klimafreundlicher, auch auf dem Land und in Kleinstädten funktionierender Nahverkehr, eine Ausbildungsoffensive, die Fachkräfte sichert und eine Einwanderungsgesellschaft, die partizipativ ist. Eine Rüstungsindustrie, die auf zivile Produktion umgestellt und Busse und Bahnen statt Panzer baut. Das Morgen beginnt heute – mit Forderungen, die überall anschlussfähig sind.

Eine Strategie für den Osten

In Ostdeutschland, besonders in ländlichen Regionen und kleineren Städten, herrscht eine rechte Hegemonie. Rechte Straftaten, Anfeindungen und die Verharmlosung durch lokale Politiker haben extrem rechte Milieus verfestigt. Die Perspektivlosigkeit in vielen Regionen, die durch Deindustrialisierung und neoliberale Politik verstärkt wurde, hat zu einem tiefen Ohnmachtsgefühl geführt, das die Distanz zum politischen System verstärkt. Die Partei braucht für den Osten eine Strategie, die nicht nur langfristige Ziele verfolgt. Die aktive Unterstützung kommunalpolitisch engagierter Genoss:innen ist zentral – sie sind oft die erste Verteidigungslinie gegen rechte Dominanz. Es braucht den gezielten Aufbau lokaler Bündnisse mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen, Initiativen und Gewerkschaften. Klassische, antifaschistische Praxis – von der Präsenz auf der Straße bis zur Do-

kumentation rechter Vorfälle – bleibt unverzichtbar. Sie bietet unmittelbaren Schutz für Betroffene und schafft Räume, in denen antifaschistische Kultur erfahrbar bleibt. Unsere Verbündeten sind diejenigen, die für Demokratie und Menschenwürde eintreten. Besonders aus den Großstädten heraus muss es eine Selbstverständlichkeit sein, zu unterstützen, wenn extreme Rechte oder konservative Kräfte vor Ort angreifen. Es erfordert eine kluge Bündnispolitik, die pragmatisch die Kräfteverhältnisse vor Ort bewertet, statt sich in Distinktionen zu verlieren. An vielen Orten im Osten geht es darum, das letzte Stück „Normalität“ gegen die fortschreitende Faschisierung zu verteidigen.

Auch wenn uns die Entwicklungen Sorgen machen: Der Kampf gegen rechts ist nicht verloren. Es gibt Spielräume, die wir nutzen können und müssen. Wenn wir als Linke konkrete, sozialpolitische Perspektiven aufzeigen, tragfähige Bündnisse aufbauen und langfristige Strategien für den Weg in eine solidarische, sozialistische Gesellschaft entwickeln, dann schaffen wir auch Gegenwind. Wir sind die Hoffnung. Die Kraft, die zeigt: Es geht auch anders. Wir können vieles verlieren, aber nicht diesen Kampf.



Inva Halili ist Politikwissenschaftlerin und Gewerkschaftssekretärin. Sie ist aktiv in der Linken Berlin-Mitte.

Jule Nagel ist Abgeordnete der Linksfraktion im Sächsischen Landtag, Stadträtin und aktiv im LinXXnet Leipzig.

Mehr ökologische Klassenpolitik: **Wie Die Linke noch stärker werden könnte**

Thomas Goes

Um erfolgreich zu sein, muss Die Linke ökologische Klassenpolitik machen. Sie gehört mit in den Fokus der Kampagnenarbeit. Neben z.B. Miete und Pflege wären mögliche Themen der ökologische Umbau der Industrie oder eine nachhaltige Energiewirtschaft in Gemeineigentum, die uns sicher und relativ preiswert versorgen kann. So zeigen wir, dass uns am Herzen liegt, die Menschen vor der Erderhitzung zu schützen – in sozialer Sicherheit.

Die Linke streitet für ein gutes und sicheres Leben für die arbeitenden Menschen. Aber das geht nur, wenn sie sich auch für die Sicherheit vor Umweltkatastrophen und den Folgen der Klimakrise einsetzt. Geht die Erderhitzung weiter wie bisher, wird es z. B. auch bei uns nicht mehr garantiert ausreichend viel und bezahlbare Nahrung geben. Erträgliche Arbeitsbedingungen und Wohnverhältnisse in Hitzeperioden wird es gerade für die Menschen, die geringe Einkommen haben, nicht geben. Auch die Versorgung mit Energie oder der Schutz vor Sturzfluten werden davon abhängen, ob es gelingt, die Erderhitzung aufzuhalten – oder zumindest das Allerschlimmste noch zu verhindern.

Nötig wäre eigentlich eine weitreichende Umgestaltung der Produktionsweise, ein tiefer ökosozialistischer Bruch, für den es im Moment aber keine Mehrheiten gibt. Was möglich ist: Brücken bauen durch eine ambitionierte linke ökologische und soziale Sicherheitspolitik, für die etwa ein

Drittel der Menschen im Land offen ist – in unterschiedlichem Maße.

Ein mögliches sozialistisch-ökologisches Klassenbündnis

Zu diesem Drittel gehört wohl auch eine große Mehrheit der Wähler:innen, die bei der Bundestagswahl für uns gestimmt haben. Soziale Anliegen waren ihnen sehr wichtig, aber Sorgen um Klima/Umwelt treiben große Teile ebenso um. Gefragt, was für sie wahlentscheidend gewesen sei, gaben 51 Prozent der Linkswählenden die Soziale Sicherheit an. Gefragt nach den größten eigenen Sorgen, fiel das Bild anders aus: 82 Prozent sorgten sich, dass der Klimawandel unsere Lebensgrundlage zerstört. Und: 41 Prozent der neu hinzugewonnenen Wähler:innen kamen von den Grünen, 33 Prozent von der SPD. Wollen wir noch stärker werden, werden wir weiter von den Nichtwähler:innen gewinnen müssen, aber auch von SPD und Grünen. Für 91 Prozent der Grünen-Wähler:innen war Klimapolitik – wenig überraschend – sehr wichtig, aber auch 76 Prozent der SPD-Wähler:innen sagten das. Und 64 Prozent der Linke-Wähler:innen meinten, es werde zu wenig für den Klimaschutz getan. Das glaubten auch 55 Prozent der SPD-Wähler:innen, 80 Prozent der Wähler:innen der Grünen und sogar 24 Prozent beim BSW.

Empirische Studien, die sich mit dem Klimabewusstsein in verschiedenen Milieus der arbeitenden Klassen beschäftigen, zeigen eine Haltung auf, die ich als „klimasozial“ bezeichnen möchte. Die Herzen der Klimasozialen schlagen für soziale

Gerechtigkeit, gleichzeitig ist Klimapolitik ihnen wichtig. Es gibt aber zwei Arten von Klimasozialen. Erstens die Jüngeren und zum Teil sehr gut Qualifizierten, für die der Kampf gegen die Erderhitzung ganz oben auf der Prioritätenliste steht, die aber sozial denken und sich soziale Politik wünschen. Zweitens Klimasoziale aus dem sog. Prekären Milieu und dem traditionellen Arbeiter:innenmilieu, die sich insbesondere soziale Sicherheit und Gerechtigkeit wünschen – aber auch wirksame Klimapolitik. Kurz: Auch in den unteren Klassen gibt es einen Pol der Überzeugten – aber gleichzeitig ist hier die soziale Verunsicherung und die Frustration über Ungleichheit und die etablierten Parteien besonders groß.

Sechs Bausteine ökologischer Klassenpolitik

Wollen wir diese Klimasozialen für unser sozialistisch-ökologisches Unten-Mitte-Bündnis gewinnen, müssen wir an diese Einstellungen anknüpfen. Sechs Bausteine sind dafür besonders wichtig. Erstens muss gezeigt werden, dass es die Milliardäre und Millionäre sind, die die Hauptverantwortung für die ökologische Katastrophe tragen. Sie leben mit ihren Privatjets und Luxusyachten nicht nur extrem rücksichtslos, sie sind auch die Hauptprofiteure des fossilen Kapitalismus, der mit seinen den Globus umspannenden Lieferketten Ressourcen und Menschen zugleich rücksichtslos ausbeutet. Warum nicht für eine Klimasteuer für Millionäre und Milliardäre trommeln, mit der zum Beispiel das 9-Euro-Ticket bezahlt werden könnte? Zweitens müsste die Macht des großen Geldes, der Lobbyismus und die politischen Eliten scharf kritisiert werden, die die arbeitenden Menschen politisch verlassen und vergessen haben. Wer Vertrauen dafür gewinnen will, in den Krisen unserer Zeit bestehen zu können, muss zu nächst mit denen brechen, die ständig enttäuschen.

Drittens müsste die ökologische Klassenpolitik der Linken die Spannung produktiv machen zwischen einerseits der Dringlichkeit des Kampfes gegen die Erderhitzung und andererseits den sozialen Schutzbedürfnissen gerade in unteren Klassenmilieus. Es ginge um das Versprechen gleichzeitig sozialer und ökologischer Sicherheit. Partei und Bundestagsfraktion haben dafür bereits viele Vorschläge in der Schublade. Aber Teil einer stringenten politischen Erzählung, die auch laut vorgetragen wird, sind sie leider nicht. In dieser Erzählung müsste viertens strategisch immer wie-

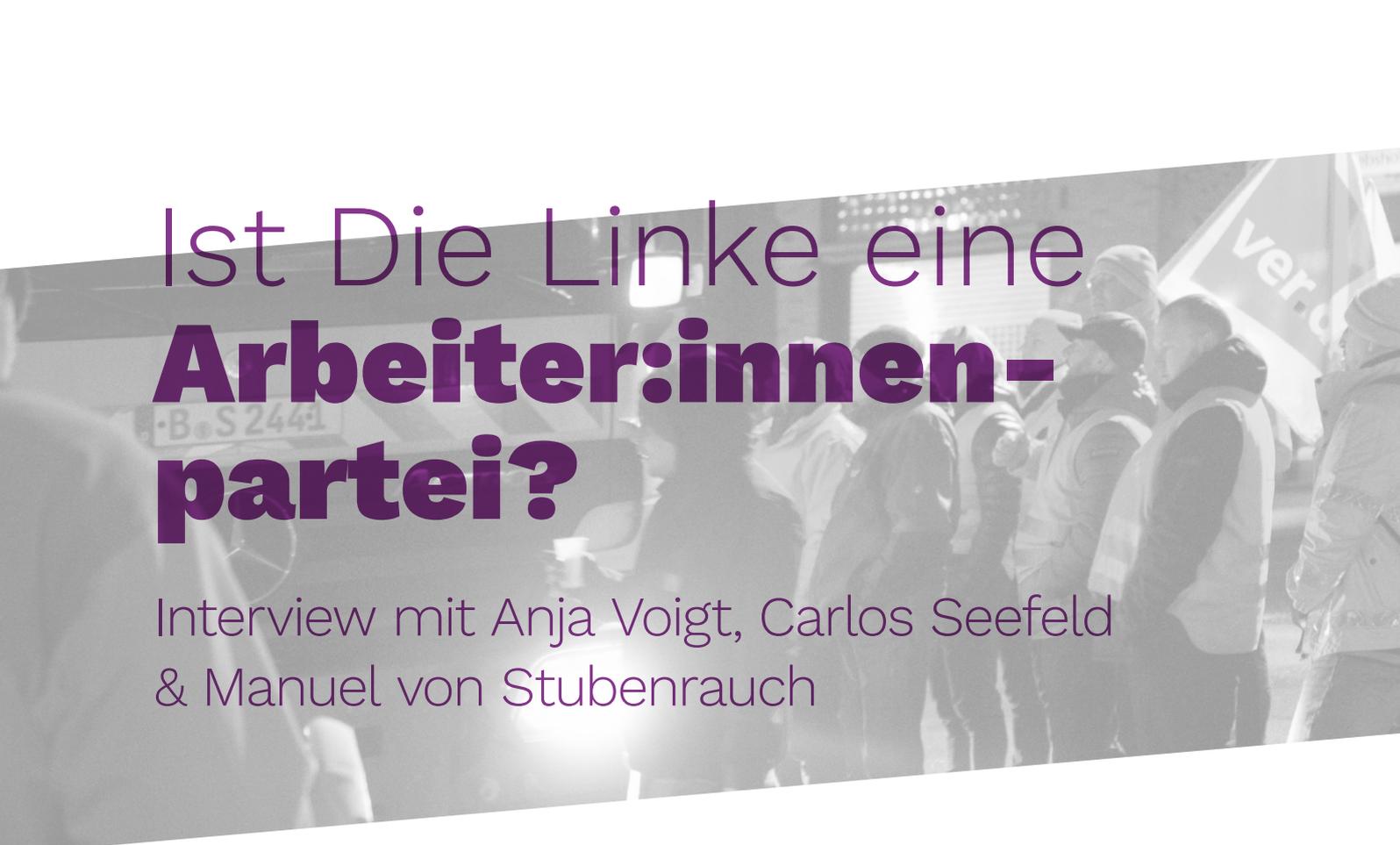
der auch die Eigentumsfrage gestellt werden. Es geht darum, das schwächste Glied in der kapitalistischen Verteidigungskette zu finden. Die Energieversorgung bietet sich dafür an, wie die politischen Gegner erkannt haben, die die Geldsorgen der Menschen aufgreifen. Warum nicht lauter sagen, dass es nur günstige und sichere Energie geben wird, wenn die Erneuerbaren durch Unternehmen in Gemeineigentum stark ausgebaut und die großen Energiemonopolisten verstaatlicht werden?

Die ökologische Klassenpolitik muss also an soziale Interessen und Bedürfnisse direkt anknüpfen und deshalb fünftens auch in organisierende Kampagnen münden. Insbesondere in den unteren Schichten der Arbeiter:innenklasse sind Menschen z.B. auf Bus und Bahn angewiesen – in den Städten oft teuer, auf dem Land oft kaum ausgebaut. Warum also nicht die Initiative ergreifen, um den Menschen die Wege zum Einkaufen, Arzt, zum Sport oder zu den Liebsten zu ermöglichen – günstiger und besser? Bus und Bahn ausbauen, Ticketpreise runter und möglichst bald ticketfrei. Ideen und auch Erfahrungen dazu gibt es in Rosa-Luxemburg-Stiftung und Partei längst.

Sechstens: Wie wir über die Dinge sprechen ist entscheidend. Klimaschutz – geht es nicht eher um den Schutz der Menschen vor der Erderhitzung? Und löst es nicht ein anderes Gefühl aus, von diesem Menschenschutz zu sprechen, statt vom nötigen Schutz des Klimas? Oder: Natürlich ist es richtig, deutlich zu machen, dass große Teile der Erde unbewohnbar werden, uns Wasser- und Ressourcenkriege drohen. In einer politischen Erzählung sollte aber im Mittelpunkt stehen, was Hoffnung macht, also das, was wir anders machen können – und wie. Und: Rechte setzen gezielt auf die Spaltung zwischen urbanen Klima-Eliten und dem Rest, dessen Wohlstand durch diese bedroht werde. Die Linke muss dagegen den Klassengegensatz direkt ansprechen und die ökologischen und sozialen Interessen miteinander verbinden. Kurz: Wir brauchen eine neue durchdachte Klimaerzählung.



Thomas Goes ist Arbeitssoziologe am SOFI Göttingen und forscht u.a. zu Ökosozialismus. Er ist Kreis-sprecher von Die Linke Göttingen.



Ist Die Linke eine **Arbeiter:innen-** **partei?**

Interview mit Anja Voigt, Carlos Seefeld
& Manuel von Stubenrauch

Dass es einer Klassenpolitik auf der Höhe der Zeit bedarf, teilen viele. Auch, dass Gewerkschaften dafür eine zentrale Rolle spielen. Doch wie eine klassenorientierte Gewerkschaftspolitik der Partei Die Linke aussehen soll, daran scheiden sich die Geister.

Was ist überhaupt linke Gewerkschaftsarbeit? Wie kann Die Linke eine Arbeiter:innenpartei werden? Erste Schritte sind getan: Es wird immer stärker zur Praxis, gewerkschaftliche Bewegungen und betriebliche Auseinandersetzungen zu unterstützen. Zuletzt gab es prominente Beispiele von Arbeiter:innen, die für Die Linke kandidiert haben. Doch viele Fragen werden noch kontrovers diskutiert und nicht zuletzt fehlen für manche Fragen noch Erfahrungswerte.

Zu ein paar dieser Themen haben wir drei Arbeiter:innen befragt: Anja Voigt arbeitet als Intensivpflegekraft am Klinikum Neukölln. Dort ist sie Mitglied im Personalrat. Carlos Seefeld ist bei der Berliner Stadtreinigung beschäftigt und ebenfalls bei ver.di. Manuel von Stubenrauch arbeitet als Straßenbahnfahrer bei den Berliner Verkehrsbetrieben und ist Mitglied in der ver.di Tarifkommission für die TVN Tarifrunde 2025.

Warum ist der Kampf um die Interessen der Beschäftigten im Betrieb so wichtig?

Anja: Oft ist der Arbeitsplatz der einzige Ort, an dem wir mit den Beschäftigten noch ins Gespräch kommen, selbst hier meist nur im Rahmen von Arbeitskämpfen, zum Beispiel am Streikposten. Auf Grund von hoher Arbeitsbelastung, häuslicher Carearbeit, privaten Sorgen und Nöten sind viele meiner Kolleg:innen nicht bereit, auch ihre Freizeit noch für gewerkschaftliches, geschweige denn politisches Engagement zu opfern. Im Betrieb bin ich mit den Kolleg:innen täglich zusammen und hier ins Gespräch zu kommen, über die Arbeit hin zu politischen Fragen, ist oft gut möglich. Auch als Partei sollten wir zu den Menschen hin und nicht erwarten, dass diese aktiv zu uns kommen. Menschen dort abholen, wo sie sind und wo ihre Probleme liegen. Und wenn wir wieder mehr eine Partei der Arbeiter:innen sein wollen, dann müssen wir auch dort hingehen: in die Betriebe, in die Krankenhäuser, in die Fabriken, an die Arbeitsplätze.

Carlos: Die Beschäftigten im Betrieb, besonders des öffentlichen Dienstes, leisten einerseits



wichtige Arbeit für die Wahrnehmung der Menschen, ob ein Land „funktioniert“ oder nicht und sind gleichzeitig oft besonders enttäuscht von der Politik. Daher ist es wichtig, den Beschäftigten Gehör zu verschaffen und gleichzeitig ihre Interessen ernstzunehmen, damit Sie nicht zu nicht-demokratischen Parteien getrieben werden.

Stubi: Ich habe in dieser Tarifrunde selbst gemerkt, wie wichtig es ist, dass Menschen vorneweggehen und die Belegschaft denen dann auch folgt. Wir sollten das nicht anderen überlassen. Es wird an immer mehr Stellen versucht, uns unsere Rechte zu nehmen und dagegen wehren wir uns lautstark!

Manch Genossin/Genosse ist gehemmt, bei Streikversammlungen aufzutauchen. Wie kommt linke Solidaritätsbekundung euren Erfahrungen nach bei den Beschäftigten an?

Carlos: Je nach Betriebsbereich kann die erste Ansprache schon mal etwas rauher sein, aber ehrliche Solidaritätsbekundungen abseits politischer Werbeaktionen kommen sehr gut an und führen oft zu sehr

wichtigen Gesprächen. Ich kann also nur ermutigen mit den Menschen ins Gespräch zu kommen!

Anja: Ich habe damit durchweg positive Erfahrungen gemacht. Über den Kaffee und den Kuchen, der vielleicht mitgebracht wird, kommen immer wieder gute Gespräche zustande. Kolleginnen, die in ihrem Umfeld vielleicht nicht viele politische Gespräche führen oder eher wenig mit linker Politik zu tun haben, kommen hier mit uns in Kontakt. Wenn wir uns um die Probleme der arbeitenden Menschen kümmern wollen, dann müssen wir mit denen auch in Kontakt kommen und ihnen zuhören und dafür sind Streikposten ein guter Ort. Sonst hat man auch selten Zeit für Gespräche, die wir in dem Fall auch nutzen können, um Angebote zu machen, wo sich Kolleg:innen engagieren können, wenn sie möchten.

Stubi: Die Partei erfindet sich ja gerade neu, was gut ist. Bei den jungen Menschen ist sie sehr beliebt und bei dem ganzen Rechtsruck fast die einzige Alternative. Präsenz ist total wichtig, hat man glaube ich bei den Haustürgesprächen gemerkt.

In der Linken gibt es eine Debatte um sogenannte linke Betriebsgruppen. Manche wollen das unbedingt, andere meinen, es sei wichtiger, als Linke in den gewerkschaftlichen Strukturen mitzumischen.

Carlos: Ich persönlich halte explizit linke Betriebsgruppen aktuell für weniger nützlich. Spaltungen innerhalb der Betriebe bzw. explizite politische Organisation an der Gewerkschaft vorbei senkt die Kampfkraft eher. Linke in gewerkschaftlichen Strukturen halte ich dagegen für unverzichtbar und möchte sehr dafür werben, da die Werte, die die Gewerkschaft vertritt, oft durch die handelnden Personen beeinflusst werden. Außerdem brauchen wir echte soziale Ansichten in der Gewerkschaft, um auch in Zukunft noch nützlich für die Menschen zu sein.

Anja: Ich fände beides wichtig. In den Gewerkschaften finde ich es wichtig, damit diese sozialpartnerschaftliche Ausrichtung endlich zurückgedrängt wird und hier sehe ich auch am ehesten zeitnah Potential dazu, weil einfacher zu realisieren. Und in meiner eigenen Gewerkschaft nehme ich eine Verschiebung nach links auch wahr. Linke Betriebsgruppen finde ich eine sehr herausfordernde Aufgabe. In Krankenhäusern vielleicht



noch leichter umsetzbar als zum Beispiel in Betrieben wie der Abfallwirtschaft. Wir haben es hier teilweise mit Belegschaften zu tun, die bis zu 40 Prozent AfD gewählt haben, da braucht es erstmal die Schaffung von Klassenbewusstsein.

Stubi: Bei der jetzigen Politik wird es zwangsläufig dazu kommen, dass andere erkennen, wie links man tickt. Man muss niemanden zu etwas überreden, die Selbsterkenntnis ist manchmal der bessere Lehrer. Gewerkschaft heißt Solidarität. Nein, man braucht nicht unbedingt eine Betriebsgruppe. Ich glaube, den Arbeiter:innen wird schnell auffallen, wer hier die neue Arbeiterpartei in Deutschland ist! Am Ende muss jede und jeder Beschäftigte sich für den Erfolg engagieren – und das nicht nur in der Linken, sondern zusammen an den verschiedenen Stellen.

Die Linke will Arbeiter:innenpartei sein, zumindest hört man das nun regelmäßig. Wie werden unsere

Strukturen ansprechender für Arbeiter:innen?

Stubi: Die Linke war die einzige Partei, die immer da war und die anderen nur, wenn sie gefragt wurden. Das macht schon Eindruck. Das muss kontinuierlich so weitergehen. Vertrauen, zuhören und ehrlich sein. Nicht nur vor einer Wahl.

Carlos: Vor allem müssen wir politische Forderungen und Themen ansprechen, die den Menschen wichtig sind: ein angemessener Personalschlüssel, faire Löhne, Investitionsforderungen in Betrieben von Arbeiter:innen. Viele Arbeiter:innen wollen sich mit dem politischen Tagesgeschäft nicht unbedingt auseinandersetzen, aber möchten sich durch Menschen vertreten fühlen, die sie verstehen, also würden eigene Arbeiter:innen-Treffen der linken Basisgruppen zu den Themen und eine Rückmeldung, was aktuelle Politik für Arbeiter:innen bedeutet, helfen. Und lokale Projekte sind immer hilfreich, wenn sie an den Themen der



Diskussion beim Comeback-Kongress, von links nach rechts: Carlos Seefeld, Anja Voigt, Pia Amerongen (Moderation) und Manuel von Stubenrauch.

Arbeiter:innen nah dran sind, da gibt es ja genug, um nur Müllentsorgung, Nahverkehr, Gesundheit zu nennen.

Anja: Es braucht niedrigschwellige Angebote zum Mitmachen – nah an den Betrieben. Es braucht andere Ansprachen. Die Linke steht bei vielen in meinem Umfeld auch für eine elitäre, abgehobene Sprache. Es braucht auch mehr Vorbilder. Hier in meiner Linken in Neukölln ist jeder willkommen, hier wird jeder ernst genommen, wir haben Strukturen, die niemanden ausschließen und vor allem: Wir zerfleischen uns nicht wie in den letzten Jahren ständig auf offener Bühne.

Wie steht ihr konkret zu einer Arbeiter:innenquote?

Anja: Ich finde, das braucht es nicht und ich weiß auch nicht, wie wir das umsetzen wollen. Wer ist Arbeiter:in? Wie lange kann ich ein politisches Amt besetzen, um noch als Arbeiter:in zu gelten?

Soll dann auch nach Berufsfeldern unterschieden werde? Fragen über Fragen...

Stubi: Wir haben genug Menschen bei uns, die mich persönlich beeindruckt und das Zeug dazu haben, sich durchzusetzen. Die Qualität ist von alleine da und setzt sich durch!

Carlos: Quoten haben immer den Beigeschmack von „Status vor Qualifikation“ und sind im Zweifelsfall auch nicht sehr nützlich, wenn es Diskussionen gibt. Die Partei sollte selbst darauf achten, Menschen, von denen sie gewählt werden will, auch in politische Verantwortung zu bringen.

Anja Voigt arbeitet als Intensivpflegekraft am Klinikum Neukölln. Dort ist sie gewerkschaftlich engagiert und Mitglied im Betriebsrat. **Carlos Seefeld** ist Beschäftigter bei der Berliner Stadtreinigung und aktiver, ehrenamtlicher Vertrauensmann für ver.di. **Manuel von Stubenrauch** arbeitet als Straßenbahnfahrer bei den Berliner Verkehrsbetrieben und ist Mitglied in der ver.di Tarifkommission für TVN 2025.

Antiimperialismus für unsere Zeit

Dokumentiert von Niema Movassat

Beim Comeback-Kongress diskutierte Daniela Sepehri, Aktivistin mit Schwerpunkt Iran und Migration, Jan Schlemmer vom Institut für Solidarische Moderne und Johannes Bosse, Klimaaktivist, Physiker und aktiv bei Marx21 über linke Außen- und Sicherheitspolitik.

Neue Weltordnung, alte Begriffe? Gleich zu Beginn stand die Frage im Raum, wie aktuell der Begriff des Imperialismus ist. Kriege wie in der Ukraine oder in Gaza, autoritäre Allianzen und systematische Aufrüstung prägen die Gegenwart. Doch innerhalb der Partei Die Linke fehlt oft ein gemeinsames Verständnis, wie diese Entwicklungen politisch einzuordnen sind.

Daniela forderte, den Imperialismusbegriff neu zu denken. So habe der Verweis auf den Antiimperialismus dazu geführt, dass sich Teile der Linken nicht deutlich mit den „Frau, Leben, Freiheit“-Protesten im Iran solidarisierten. Aus ihrer Sicht dürfen unterschiedliche Assoziationen mit Begriffen nicht dazu führen, soziale Bewegungen nicht zu unterstützen. Linke Außenpolitik müsse menschenrechtsgeleitet sein – auch wenn der Begriff durch hegemoniale Politik Schaden genommen habe. Im Zentrum sollten immer die Menschen vor Ort und ihre Kämpfe stehen.

Jan plädierte dafür, autoritäre Bedrohungen wie Putin und Trump ernstzunehmen. Er warnte gleichzeitig, sich in einen antiwestlichen Antiimperialismus zu verrennen, der historische Analogien überstrapaziert, etwa wenn man die EU mit dem deutschen Kaiserreich 1914 gleichsetze. Die Linke brauche Konzepte für eine strategisch unabhängige EU und die Verteidigung der Demokratie. Nur so könne eine glaubwürdige linke Sicherheits- und

Außenpolitik entwickelt werden – auch mit Blick auf neue Wähler:innen, von denen laut Umfragen viele Putins Einfluss in Europa als Gefahr sehen.

Aus Sicht von Johannes treiben vor allem Profit- und Machtinteressen multinationaler Konzerne und ihrer Heimatstaaten die internationalen Konflikte an. Die globale Konkurrenz um Einflusszonen zwischen Großmächten wie den USA, China, Russland und der EU habe sich in den letzten Jahren verschärft. Er betonte, dass sich die Interessen der Herrschenden oft gegen die der breiten Bevölkerung richten. Antiimperialistische Politik müsse die Perspektive der Unterdrückten einnehmen. Ziel müsse es sein, die Welt im Interesse der großen Mehrheit zu verbessern.

Ukraine: Waffen, Diplomatie und Solidarität

Deutlich wurden die unterschiedlichen Positionen in der Debatte um den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Daniela betonte das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine, kritisierte aber die Halbherzigkeit westlicher Politik. Während militärisch unterstützt werde, blieben wirksame Sanktionen gegen russische Oligarchen aus. Gleichzeitig fehle eine klare westliche Haltung gegenüber dem iranischen Regime als Verbündetem Russlands. Wer die Ukraine unterstütze, müsse Druck auf alle autoritären Verbündeten Moskaus ausüben.

Jan sprach sich sowohl gegen Aufrüstung als auch gegen eine symbolische Antikriegshaltung aus. Er warnte davor, sich in friedenspolitische Fundamentalopposition zurückzuziehen. Die Linke solle für eine europäische Verteidigungspolitik eintreten, die defensiv, demokratisch kontrolliert und langfristig friedensfähig ist. Wichtig sei, glaubhaft zu zeigen, wie die Sicherheit (ost-)europäischer Staaten organisiert werden kann.



Die Ablehnung aller Waffenlieferungen, wie es auch der Position der Partei Die Linke entspricht, wurde von Johannes vertreten, der die Bedeutung diplomatischer Wege für das Erreichen einer Friedenslösung betonte. Er warnte davor, die Dimension des Krieges als Stellvertreterkonflikt zwischen Russland und der Nato auszublenden und kritisierte, dass westliche Regierungen mögliche Verhandlungsinitiativen früh blockiert hätten.

Sicherheit links denken – jenseits von Aufrüstung

Wir sind uns alle einig, dass die Schuldenbremse nicht für massive Rüstungsausgaben aufgeweicht werden sollte und die Aufrüstungspolitik laut kritisiert werden muss. Jan forderte aber eine darüberhinausgehende positive Vision für linke Sicherheitspolitik. Er plädierte in diesem Sinne für die Verstaatlichung von Rüstungskonzernen und langfristig für die Schaffung einer europäischen Republik als Alternative zur neoliberalen Militarisierung. Ziel müsse sein, die Sicherheit Europas sozial verträglich zu organisieren, ohne in Aufrüstungshysterie zu verfallen.

Daniela betonte die Notwendigkeit klarer, konsequenter Haltung in der Außenpolitik. Linke Politik müsse unterscheidbar sein von herrschender Doppelmoral. Wer glaubhaft für Menschenrechte eintrete, müsse dies auch tun, wenn es geopolitischen Interessen widerspricht – etwa gegenüber autoritären Regimen.

Eine europäische Sicherheitspolitik, die auf Abrüstung, Vertrauensbildung und Diplomatie setzt, forderte Johannes. Statt Angstscenarien zu be-

diene, müsse linke Politik gegen die Normalisierung von Militarisierung argumentieren. Sicherheit dürfe nicht länger als militärische Stärke definiert werden, sondern müsse Frieden, soziale Gerechtigkeit und demokratische Stabilität ins Zentrum stellen.

Das Panel zeigte, wie kontrovers, aber auch konstruktiv innerlinke Auseinandersetzungen über Krieg, Frieden und internationale Solidarität geführt werden können. Gerade in Zeiten von russischem Angriffskrieg und „America First“ gewinnt die Außen- und Sicherheitspolitik an Bedeutung und ist für viele Menschen ein bewegendes Thema.

Die heutigen Herausforderungen verlangen eine intensive Debatte. Begriffe wie Imperialismus bleiben wichtig – aber nur, wenn sie weiterentwickelt werden und nicht nur bloße Schablonen sind, um Argumente zu ersetzen. Im Zentrum linker Außen- und Sicherheitspolitik muss stets die Solidarität mit den Unterdrückten weltweit stehen, der Kampf gegen autoritäre Bedrohungen und die Betonung diplomatischer Lösungen. Gerade in Zeiten eskalierender Aufrüstung muss Die Linke klar für Abrüstung, soziale Gerechtigkeit und globale Kooperation eintreten – und darf dabei keine Angst haben, gegen den Mainstream zu argumentieren.



Niema Movassat ist Rechtsanwalt und ehemaliges Mitglied des Bundestags für die Linksfraction.

Die ganze Klaviatur des Parlamentarismus

Katalin Gennburg

Nein, das Parlament ist keine reine Bühne für Sozialist:innen. Im Gegenteil, es ist ein Maschinenraum, für den wir das Handwerkszeug beherrschen müssen und wo wir als aufrechte Genoss:innen glaubwürdig für unsere antikapitalistische Programmatik jeden Tag in den Widerspruch gehen.

Welche Gelingensbedingungen braucht eine linke Partei und wie muss eine Linke im Parlament „anders“ – also sozialistisch Politik machen? Dabei geht es mir nicht nur um Verhaltenskodizes von linken Mandatsträger:innen. Damit diese keine bloße Symbolik bleiben, braucht es auch eine erweiterte Idee von linkem Parlamentarismus und einem Wissenstransfer raus aus dem Handlungsfeld Parlamentsarbeit, rein in die Partei und in die Bewegungen. Gerade weil das Parlament ein Macht- und Raum ist und von der Geschäftsordnung bis hin zu den wissenschaftlichen Parlamentsdiensten eine so komplexe Handlungsstruktur existiert, braucht es Leute, die sich damit auskennen und auch aus Überzeugung dieses Wissen umverteilen. Nur so kann „das strategische Dreieck“, also das erfolgreiche Zusammenspiel von Parteiarbeit, Bewegungsorganisation und Parlamentspolitik gelingen.

Viele Lehren über die Wirkmächtigkeit von Parlamentsarbeit kann man aus der Erarbeitung des Berliner Mietendeckels ziehen. Der Platz hier ist zu klein und die Geschichte zu ausufernd, um über das Zustandekommen angemessen zu schreiben, aber ein Hinweis ist dennoch sinnvoll: Die Erarbeitung des Mietendeckel-Gesetzes dauerte gerade mal ein Jahr und es waren vor allem unabhängige Jurist:innen, die sich mit ihrer fachlichen Expertise für das politische Anliegen zusammensetzten und in endlosen Abendstunden über einen Gesetzesvorschlag berieten. Im Parlament stritten wir derweil täglich mit den Koalitionspartnern über die

Details, das wiederum landete dann in der Zeitung und die Partei schrieb entsprechende Parteitagsanträge zur Durchsetzung einer linken Position, während die Mieteninitiativen auf öffentlichen Podien die verschiedenen Forderungen zerpfückten und wir in Senat und Parlament Gutachten gegen Gutachten schreiben ließen, Expert:innenrunden einberiefen und Anhörungen in den Fachausschüssen abhielten. Im Wahlkreis organisierte ich gleichzeitig Mieter:innenversammlungen und Podien zum Thema. Die ganze Klaviatur des Parlamentarismus und nichts davon ist überflüssig für das Gelingen von sozialistischen Transformationsprojekten!

Man könnte auch sagen: Wenn du gegen einen Machtapparat arbeitest, dann musst du dir deinen eigenen Wissensapparat organisieren. Und genau dafür gibt es eine Vielzahl an Hebeln in der Parlamentsarbeit: von der kleinen Anfrage über wissenschaftliche Gutachten, Briefe an Ministerien oder Stellungnahmen und Akteneinsichten, nicht zu schweigen von Ressourcen der Abgeordnetenbüros selber. Im Plenarsaal selbst kann es die Eskalation auf offener Bühne oder das nachdenkliche Gespräch im Hinterzimmer sein. Niemals ist man automatisch auf der einen oder anderen Seite verhaftet und im Parlament Respekt zu erlangen, ist eine wichtige Währung, um auch Journalist:innen von der Fähigkeit zur Veränderung und der eigenen Autorität zu überzeugen. Das alles gelingt nur, wenn wir nicht allein das Parlament als Bühne betrachten.



Katalin Gennburg ist Stadtbauhistorikerin und als Kandidatin von Marzahn-Hellersdorf seit 2025 Mitglied des Bundestags für die Linksfraktion. Zuvor war sie direkt gewähltes Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus.

Mandate von und für die Partei

Nelson Janßen

Egal ob im Stadtrat, Kreistag, Landes- oder Bundesparlament: Abgeordnete nehmen eine wichtige Rolle in der öffentlichen Wahrnehmung von Parteien ein. Sie stehen zudem in der Verantwortung gemeinsam mit der Partei inhaltliche Positionen weiterzuentwickeln und entsprechend zu vertreten. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben stehen ihnen sowohl persönliche Ressourcen in Form einer Diät als auch Mittel für Büros, Mitarbeitende und politische Arbeit zur Verfügung.

Für Die Linke ist es wichtig, die in Wahlkämpfen errungenen Mandate im Sinne der Gesamtpartei und vor allem im Sinne einer progressiven, sozialistischen und ökologischen Politik zu nutzen. Dabei gilt es auch, die Mechanismen und Tücken des Parlamentsalltags als auch die Privilegien des Mandats zu reflektieren.

Abgeordnete sind in ihrer Mandatsausübung an die politische Linie der Partei gebunden. Tagesaktuelle Einschätzungen, widersprüchliche Erwartungshaltungen zwischen Landes- und Bundesebene, Haushaltsrestriktionen und Kompromissnotwendigkeiten können insbesondere in Regierungskoalitionen allerdings zu Spannungen bei der Mandatsausübung führen. Um **die politische Linie** der Partei im parlamentarischen Arbeiten und insbesondere im Regierungshandeln abzubilden, braucht es regelmäßige, solidarische und kritische Austauschformate, die die Arbeit der Abgeordneten und Regierungsmitglieder transparent und diskutierbar machen.

Wenn wir es mit einer **Basisorientierung** ernst meinen, müssen wir aber auch anerkennen, dass nicht jede tradierte politische Haltung in der Basis geteilt wird. Ob unsere außenpolitische Linie beispielsweise bei der Frage der Waffenlieferungen

an die Kurden zur Zeit des IS oder derzeit an die Ukraine einen Mitgliederentscheid mit den tausenden Neumitgliedern überstehen würde, wage ich zu bezweifeln.

Eine Begrenzung der Bezüge von Abgeordneten ist aus meiner Sicht eine populistische Scheindebatte. Es leuchtet nicht ein, dass beispielsweise Lehrer:innen oder Gewerkschaftssekretär:innen mit der Annahme eines Mandats und einer Begrenzung auf 2.500€ netto erhebliche Einkommensverluste hinnehmen müssten und wir gleichzeitig für bessere Bezahlung im öffentlichen Dienst bei Streiks aufrufen. Richtig finde ich, dass Abgeordnete verbindliche und nachvollziehbare Abgaben an die Partei, Fraktionsvereine oder Bündnispartner tätigen, um deren politische Arbeit zu unterstützen.

Wir müssen neben der Festlegung auf Grundsatzpositionen auch umsetzbare Politikvorschläge erarbeiten und weiterentwickeln. Der Parlamentarismus verleitet zu einem verengten Fokus, dem Wunsch nach Anerkennung im Parlamentsbetrieb und der Bereitschaft für Kompromisse. Es ist richtig, von Abgeordneten zu erwarten, ihre Arbeit transparent zu machen und solidarisch, kritische Debatten gemeinsam zu führen. Genauso wichtig ist es aber anzuerkennen, dass Abgeordnete zentrale Botschafter:innen unserer Politik sind und wir keine künstliche Differenz zum Arbeiten in Parlamenten aufbauen dürfen.



Nelson Janßen ist Ko-Vorsitzender der Linksfraktion zusammen mit Sofia Leonidakis in der Bremischen Bürgerschaft.



Praxistest Aufbruch – oder: **Der Weg ist das Ziel**

Isabelle Vandre

Die Linke ist zurück – im Deutschen Bundestag und als wahrnehmbare, politische Kraft vor Ort. Jetzt geht es darum, nicht in alte Muster zu verfallen, sondern Rückschlüsse aus dem Wahlkampf zu ziehen und diese in die politische Alltagspraxis der Basisorganisationen, Kreis- und Landesverbände zu überführen.

Zu den 8,8 Prozent bundesweit war es ein weiter Weg. Die Krisen der vergangenen Jahre haben viele Menschen resigniert zurückgelassen – vor allem die Prekarisierten und Ausgebeuteten. Die Frustration darüber trotz immer mehr Arbeit, immer Weniger zum Leben zu haben und von poli-

tischen Entscheidungsträger:innen nicht gesehen und unterstützt zu werden, hat viele Menschen zum Rückzug ins Private gedrängt. Sie haben sich von der Politik abgewandt. In einer solchen gesellschaftlichen Stimmungslage eine Mobilisierung sowohl an die Wahlurne als auch zur politischen Aktivität zu organisieren, ist nicht leicht. Erster notwendiger Schritt ist es daher, Hoffnung zu verbreiten und deutlich zu machen: Veränderung ist möglich! Aus diesem Grund darf nicht unterschätzt werden, wie wichtig die durch uns alle geschaffene Stimmung war. Sie vereinte Mut, Hoffnung, Angriffslust gegenüber dem politischen Gegner und Radikalität, weil der Ernst der Lage gar nichts anderes zuließ, mit einer sympathischen, Raum einnehmenden Freundlichkeit. Diese

Stimmung, die in Heidis Antwort auf Merz Tabubruch mit der AfD kulminierte, war der Nährboden für die Wahlkampfstrategie.

Die wohl wichtigste Lehre der vergangenen Wochen ist jedoch: Erfolg unterliegt nicht ausschließlich politischen Konjunkturen oder gesellschaftlichen Stimmungen, er ist organisierbar!

Zum einen ist mit der Bundestagswahlkampagne gelungen, was seit Jahren angemahnt, aber kaum umgesetzt wurde: die inhaltliche Fokussierung! Die Bezahlbarkeit des Lebens stand im Mittelpunkt von allem. Die komplette Kommunikation war strategisch auf das Fokusthema ausgerichtet – egal ob in den Talkshowinterviews der Spitzenkandidat:innen, in den Vorstellungstexten der Wahlkreiskandidat:innen oder bei den Gesprächen an den Haustüren. Zum anderen hat sich die gesamte Partei auf einen Wahlkampf eingelassen, bei dem der direkte Kontakt mit den Wähler:innen im Mittelpunkt stand. Statt der jahrelang durchgeführten Großveranstaltungen, bei denen die Kommunikation mit den Wähler:innen nur sehr einseitig erfolgte, ging es an die Haustüren oder mit Suppentouren in die Kieze und wurde zu Nachbarschaftstreffen eingeladen. Der Anspruch dabei: wir wollen Politik nicht erklären, sondern die Machtverhältnisse mit dir verändern.

Doch auch in der Organisation und Durchführung der Haustürgespräche haben wir in den vergangenen Jahren viel dazu gelernt. Notwendige Voraussetzungen für einen erfolgreichen Haustüreinsatz sind nach meiner Erfahrung vor allem a) eine genaue Zieldefinition (z.B. Wir wollen das Potential der Linke – Wähler:innen heben), b) eine genaue Analyse der potentiellen Einsatzgebiete (Wo hat Die Linke das größte Potential und wo lassen sich SPD/ Grüne – Wähler:innen von uns überzeugen?), c) eine gute Vorbereitung derjenigen, die an die Haustüren gehen mit Hilfe eines Gesprächsleitfadens, und d) der Verweis auf zeit- und ortsnahe Folgeangebote, um Interessierte zu binden. Es wurde also nichts dem Zufall überlassen, sondern Inhalt, Ansprache und Wahlkampfform waren aufeinander abgestimmt. Das hat nicht nur dazu geführt, dass die Wähler:innen am 23. Februar genau wussten, wofür wir stehen, sondern auch eine Dynamik innerhalb der Partei erzeugt, weil alle genau wussten, wo sie wie aktiv werden konnten.

Doch wie lassen sich diese Erkenntnisse in die politische Alltagspraxis überführen? Denn weder

können wir weiterhin jede Woche mit dutzenden Personen an den Haustüren sein noch in den kommenden Jahren ausschließlich einen thematischen Schwerpunkt bearbeiten. Hinzu kommt: Kampagnen sind nicht unendlich ausdehnbar. Sie folgen einer klaren Choreografie. Was wir jedoch sehr wohl in den kommenden 4 Jahren tun können, ist das Wissen über Kampagnen, strategische Kommunikation und Fokussierung genauso zu verbreiten, wie wir jetzt für und mit den Neumitgliedern politische Bildungsangebote zu linken Werten und Traditionslinien entwickeln müssen. Statt in den üblichen Sitzungssozialismus zu verfallen, in dem wir mit rhetorisch ausgefeilten Wortbeiträgen voreinander glänzen, geht es jetzt darum, eine klare Strategie für die nächsten vier Jahre zu entwickeln, Wähler:innenschichten gezielt und langfristig zu erschließen, nachhaltige Strukturen aufzubauen und Kampagnen beim Ausprobieren zu erlernen. Denn auch das ist eine Erkenntnis aus dem hinter uns liegenden Wahlzyklus im vergangenen Jahr, der in Brandenburg neben der Bundestags- und EU-Parlamentswahl, auch die Kommunal- und Landtagswahl umfasste: Kontinuität in den Aktionsformen und politischen Inhalten zahlt sich aus.

Was wir in jedem Fall in der politischen Arbeit der kommenden Jahre beibehalten müssen, sind unser politisches Selbstverständnis („Wir erklären Politik nicht, sondern wir wollen sie mit dir verändern“) und unsere Rolle als die politische Kraft, die Mut macht und Hoffnung verbreitet. Gerade jetzt, da CDU/CSU und SPD einen Koalitionsvertrag erarbeitet haben, der einen massiven Angriff auf den Sozialstaat und das Recht auf Asyl darstellt, braucht es Räume der Solidarität. Es ist an uns, diese zu organisieren, Menschen zu vernetzen und Mut und Hoffnung durch Selbstermächtigung erfahrbar zu machen. Wir alle kennen die Konzepte und Ideen für offene Büros oder organisierende Arbeit – jetzt müssen sie auch in der Breite der Partei verankert. Nur im Praxistest besteht der viel beschworene Aufbruch und kann seine Wirkung entfalten.



Isabelle Vandre ist Politikwissenschaftlerin und seit 2025 Mitglied der Linksfraktion im Bundestag. Ihr Kreisverband ist Die Linke Potsdam.

Zwischen Sonne und Beton - Neukölln Dreaming

Nina Papenfuß

Geht man durch Neukölln, sind Armut, Vernachlässigung, Leid, Spaltung und Ausgrenzung augenscheinlich. Im medialen und politischen Diskurs muss der Bezirk oft als Sündenbock herhalten, gilt als Beispiel für alles, was gesellschaftlich angeblich falsch läuft. Doch Neukölln hat zurückgeschlagen und gezeigt: Die Antwort auf die Verhältnisse kann und muss eine solidarische, eine linke sein.

Bei der Bundestagswahl erzielten Die Linke Neukölln und ihr Direktkandidat Ferat Koçak ein historisches Ergebnis: Mit 30 Prozent Erst- und 25,3 Prozent Zweitstimmen wurde das erste Direktmandat in einem ehemaligen Westwahlkreis gewonnen, bei bundesweit stärkster Zweitstimmensteigerung. Dieses Ergebnis war kein Zufall. Es beruhte auf einer Potenzialanalyse, auf systematischer Kampagnenarbeit mit dem organisierenden Haustürgespräch im Zentrum – und auf dem Glauben, dass mit Analyse und Plan auch das Unmögliche möglich wird. So klingelten schließlich 2.000 Aktive über vier Monate an 139.000 Haustüren und führten 51.000 Gespräche. Ich möchte drei zentrale Lehren aus der Bewegung in Neukölln teilen, die auch jenseits von Wahlen bedeutsam sind.

Gesellschaftliche Potenziale abschätzen lernen – *affording to dream*

Noch kurz vor der Wahl hieß es: Ihr könnt in Neukölln nicht gewinnen – zu konservativ der Süden, zu linksradikal die Neuköllner Linke. Kapitalistischer Realismus (Mark Fisher) lähmt nicht nur die Arbeiter:innenklasse, sondern bisweilen auch uns selbst. Doch: *We can afford to dream* (Zohran Mamdani). Wer den Menschen zuhört, merkt schnell: Der Wunsch nach Veränderung, die Seh-

sucht nach Gemeinschaft und Miteinander sind da. Die Frage ist: Können wir einen überzeugenden Plan-to-win vorlegen, der konkrete Hoffnung macht – und Menschen ermutigt, gemeinsam zu handeln, statt sich zurückzuziehen?

Dafür braucht es Gespür für objektive und subjektive Faktoren: Was bewegt die Menschen – und wann sind sie bereit, a) aus alten Mustern auszuweichen und z. B. das erste Mal eine sozialistische Partei (oder überhaupt) zu wählen, und b) ihre Lebenszeit in ein Projekt zu investieren, das ihnen wichtig genug erscheint, um alles zu geben.

Unsere Analyse zeigte: Die politische Lage – von der Ampel-Enttäuschung, dem Rechtsruck der Mitte bis zur Wut auf den Berliner Senat – öffnete ein Gelegenheitsfenster. In Neukölln kam massive Resignation über Repression und rassistische Spaltung hinzu. Gleichzeitig war das subjektive Potenzial groß: Viele Teile der (Bewegungs-)Linken wollten die Linke als soziale, antifaschistische und klimagerechte Kraft retten – und mit Ferat einen BIPOC-Kandidaten mit Rückgrat und tiefen Verbindungen in die sozialen Bewegungen der letzten Jahre ins Parlament bringen.

Daraufhin entwickelten wir eine Strategie. Auch wenn die Linke in Neukölln – nicht zuletzt aufgrund der unermüdlichen und energetischen Arbeit vieler Genoss:innen – stets stabile Wahlergebnisse erzielte – für ein Direktmandat musste sich das Ergebnis mehr als verdoppeln. Es brauchte einen Stimmungsumschwung, der nur möglich wird, wenn sich Tausende dazu entschließen, aktiv zu werden. Nur so entsteht der Ketten- und Umfeldeffekt „hinter der Tür“, den es braucht, um einen Bezirk mit 330.000 Einwohner:innen zu gewinnen. Zudem braucht es Strukturen, die Verantwortung und dezentrales Handeln ermöglichen: Kiez-Organizer:innen und Basisorganisationen koordinierten eigenständig ihre Gebiete.



Die Bedeutung des 1-zu-1-Gesprächs an der Haustür

Haustürgespräche waren das Herzstück der Kampagne – und sie waren deshalb so wirkungsvoll, weil sie auf eine beziehungsorientierte, organisierende Praxis setzten – im Unterschied zu *rein* appellativer Mobilisierung. Ziel war immer ein politisches Gespräch auf Augenhöhe.

Denn im Rahmen solcher Gespräche setzen wir – mit Gramsci gesprochen – am widersprüchlichen Alltagsbewusstsein unseres Gegenübers an. Ich versuche, fragend-empathisch zum *buen senso* – dem gesunden Menschenverstand – vorzudringen, mit dem Ziel, gemeinsam die Kluft zwischen dem, was ist, und dem, was sein sollte, zu benennen. Es geht auch um Ideologiekritik: Warum sind die Dinge, wie sie sind? Wer trägt Verantwortung? Wo liegt die Möglichkeit zur Veränderung? Hierfür ist die Wahl eine erste Tat – aber sie muss darüber hinausgehen: zu konkreten Mitmachangeboten, zu nachhaltiger Organisation. Mit jedem Gespräch wird Isolation gebrochen, Verbindung geschaffen, ein Netz geknüpft.

Solche Gespräche zu führen, ist eine Kunst, die man mit der Zeit erlernt – und die einen selbst verändert. Weil sie Sprache, Auftreten und das Verständnis für Menschen jenseits der eigenen Bubble schärft. Sie sind der erste Schritt einer Beziehungsarbeit, die wir als Linke mit sozialen Aktivitäten – wie Stadtfesten (zum Winterfest kamen über 1.000 Menschen) – und politischen Unterstützungsangeboten ausbauen müssen. Denn als Sozialist:innen wissen wir: Wahre Gegenmacht entsteht durch dauerhafte Organisation und gemeinsames Kämpfen. Eine Wahl zu gewinnen ist kein Selbstzweck, sondern muss in eine Stärkung

von Klassenbewusstsein und -macht münden.

Wir machen Politik anders als die anderen

Für uns als Linke bedeutet das drei Dinge: *Ers-tens*, eine andere Politik machen. Eine, die sich mit den Reichen und Mächtigen anlegt. Die für tiefgreifende Reformen kämpft und das Leben der hart arbeitenden Menschen und ihrer Familien konkret verbessert. Eine Politik, die zurückholt, was uns gestohlen wurde. *Zweitens*: ehrliche Politik machen. Wir versprechen nicht das Blaue vom Himmel. Wir sprechen über Macht und über Organisation. Und wir reden Tacheles, zeigen Haltung. Wir machen Politik, um etwas zu verändern. Deshalb deckeln wir unsere Gehälter und helfen konkret und unbürokratisch. *Drittens*, mehr Beteiligung ermöglichen – mit Forderungen aus dem Kiez und verbindlicher Rückkopplung unserer Parlamentarier:innen auch nach der Wahl.

Genau hier gilt es anzusetzen. Wir wollen Nachbar:innenschaften aufbauen, die sich helfen – und die sich wehren: gegen Mietabzocke, gegen Zwangsräumungen, gegen Abschiebungen und Repressionen. Unser langfristiges Ziel bleibt: eine sozialistische Gesellschaft. Solche Veränderung gelingt niemals allein – immer gemeinsam.



Nina Papenfuß war die Wahlkampfleiterin der Linken in Berlin-Neukölln und somit mitverantwortlich für den Direktwahlkampf von Ferat Kocak.

Are you ready for it?

Kathrin Gebel & Elisa Otzelberger

In einer Welt, in der Menschenleben zunehmend den Interessen des Kapitals untergeordnet werden, braucht es eine Partei, die konsequent für ein anderes Leben eintritt – ein Leben, das sich an Bedürfnissen statt an Profiten orientiert. Die Linke muss diese Partei sein. Und sie kann es nur sein, wenn sie sich endlich klar und sichtbar als feministische Klassenpartei versteht.

Denn Feminismus ist kein Add-On zur Klassenfrage – er ist ihr integraler Bestandteil. Klassenverhältnisse werden durch Geschlecht strukturiert. Die Trennung von feministischer und klassenpolitischer Perspektive ist künstlich und hat historisch das Potenzial progressiver Bewegungen geschwächt. Frauenbewegungen waren immer links – aber sie wurden von linken Massenbewegungen ausgeschlossen, ob in der französischen Revolution oder in der abolitionistischen Bewegung in den USA. Die Frauengruppen, die sich als Antwort darauf bilde-

ten, bewiesen in den folgenden Jahrzehnten ihre Schlagkraft. Die heutige Aneignung des Feminismus durch bürgerliche oder gar rechte Kräfte ist eine relativ neue Erscheinung, die den Begriff entpolitisiert und seiner Sprengkraft beraubt. Gewissermaßen ist dies auch als Erfolg zu werten, denn um das Thema Frauen kommt keine politische Ausrichtung mehr herum. Doch linker Feminismus, man mag sogar sagen Feminismus im ursprünglichen Sinne, ist immer auch ein Angriff auf kapitalistische Verhältnisse – weil sie von unbezahlter oder unterbezahlter Reproduktionsarbeit leben.

Feministische Klassenpolitik ist nicht nur inhaltlich richtig, sie ist auch strategisch klug. Frauen wählen seit einigen Jahren linker, während Männer tendenziell nach rechts gerückt sind. Diese Tendenz zeigte sich erstmals bei der Bundestagswahl 2017 und setzt sich bis heute fort. Das ist auch völlig logisch: Im Angesicht einer offensichtlich antifeministischen, faschistischen Bewegung haben sie mehr Gründe für progressive Haltungen. Sie spüren die Auswirkungen kapitalistischer Ausbeutung

besonders deutlich, sind sie doch diejenigen, die besonders häufig in prekärer Arbeit landen. Das beschränkt sich nicht nur auf ein vages Unwohlsein, sondern zeigt sich konkret in einer größeren Offenheit für Sozialismus. Laut einer Studie von Mario Candeias für die Rosa-Luxemburg-Stiftung im Jahr 2022 unterstützen vor allem Frauen und junge Menschen die Forderung nach mehr Sozialismus – im weiblichen Wählerinnenpotenzial stimmten sogar 63 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass die Linke für mehr Sozialismus eintreten soll. Es zeigt sich in den letzten Jahren folglich ein erhöhtes revolutionäres Potential speziell unter Frauen. Auch im kürzlichen Wahlerfolg kann man das Potenzial des Feminismus erkennen. Es ist kein Zufall, dass gerade Heidi Reichinnek nun die beliebteste Politikerin im Land ist – eine Frau, die dezidiert als Feministin in die Öffentlichkeit tritt.

In den letzten Jahren ist ein organisierender Ansatz in unserer Partei in den Vordergrund gerückt. Dabei stellen wir fest: die Sektoren der Bildung, der Pflege, des Sozialen haben wir als Partei bereits erschlossen, denn unsere Wähler:innen arbeiten bereits zu zwei Dritteln in diesen Sektoren. Das sind die genau die Sektoren, in denen vorrangig reproduktive Arbeit geleistet wird, und die folglich vom Kapital besonders hart bekämpft werden und genau die Sektoren, in denen überproportional viele Frauen arbeiten. In den nächsten Jahren wird es darauf ankommen, uns dort auch zu verankern.

Wie bei allen grundlegenden Vorhaben in einer Partei wird es darauf ankommen, ob diese Ansicht auch in der Basis geteilt wird. Hier tut sich jedoch durch die buchstäblich 50.000 neuen Mitglieder ein neues Potenzial auf. Denn ersten Eindrücken nach zu urteilen, haben die neuen Mitglieder einen deutlich feministischen Anspruch an Politik. Die Parteiführung würde gut daran tun, dieses Potenzial zu erkennen und somit die neuen Mitglieder weiter an uns zu binden.

Feminismus als politische Praxis

Wenn wir ernst machen wollen mit einer Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, dann müssen wir bei der Sorgearbeit anfangen – dort, wo Leben erhalten, gepflegt, ermöglicht wird. Reproduktion muss der Ausgangspunkt unserer Politik sein. Das bedeutet: Feminismus darf nicht nur im Kampf gegen Paragraph 218 oder am 8. März sichtbar sein. Er muss unser Verständnis von Klasse erweitern. Denn Klasse ist nicht geschlechts-

neutral. Der Gender-Pay-Gap, die Teilzeitfalle, der Pflegenotstand, die unbezahlte Care-Arbeit – all das betrifft Frauen überdurchschnittlich stark. Ihre Alltagserfahrungen sind ein Schlüssel zum Verständnis dessen, wie Kapitalismus heute funktioniert – und wie er überwunden werden kann.

Diese Erkenntnisse müssen übersetzt werden in eine andere Art, Politik zu machen. Begegnung statt Vereinzelung, Beziehung statt Konkurrenz. Wenn wir nicht nur im Parlament, sondern im Alltag der Menschen eine Rolle spielen wollen, dann müssen wir Räume schaffen: Straßencafés mit Kuchen und Diskussionen, Stadtteilstunden mit Kinderbetreuung und politischen Gesprächen, Formate für verbindliche politische Arbeit wie Stadtteilversammlungen oder Mieter:inneninitiativen.

Eine feministische Klassenpartei erkennt, dass politisches Handeln dort beginnt, wo Menschen einander begegnen. Sie sieht in der Vereinzelung nicht nur ein soziales, sondern ein politisches Problem. Sie will nicht nur Wähler:innen, sondern eine Gemeinschaft aufbauen. Wenn wir eine Partei sein wollen, die den Verhältnissen wirklich etwas entgegensetzt, dann müssen wir den Mut haben, mehr Feminismus zu wagen. Das bedeutet nicht, weniger Klassenpolitik zu machen – im Gegenteil: Es bedeutet, sie besser zu machen. Denn Kapitalismus lebt nicht nur von der Ausbeutung der Lohnarbeit, sondern auch von der Ausbeutung der Sorgearbeit. Wer das ignoriert, verkennt die Realität.

Eine feministische, antikapitalistische, ökologische Linke kann Hoffnung stiften in Zeiten der Resignation. Sie kann der Vereinzelung eine politische Heimat entgegensetzen. Und sie kann neue Mehrheiten gewinnen – nicht durch Anpassung, sondern durch Klarheit. Feministische Klassenpolitik ist keine Option – sie ist unsere Aufgabe.



Kathrin Gebel ist Feministin und setzt sich sowohl im Bundestag als auch im Parteivorstand der Linken für eine feministische Perspektive ein. **Elisa Otzelberger** studiert Geschlechtergeschichte und ist Mitglied im Ko-Kreis der Bewegungslinken.

„Ohne uns läuft der Laden nicht“

Interview mit Vincent Bababoutilabo

In den letzten Monaten sind Zehntausende Mitglieder neu zur Partei Die Linke gekommen, das migrantische Netzwerk LINKS*KANAX erlebt großen Zulauf. Auch Vincent Bababoutilabo ist dort aktiv. Wir sprachen mit ihm über seine Beweggründe und Erfahrungen.

Vincent, dein politisches Engagement beginnt nicht in der Linken. Du bist in migrantischen Selbstorganisationen aktiv. Wie genau?

Ich bin in der ISD (Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V.) aktiv. Begonnen habe ich dort vor vielen Jahren als Basismitglied in Leipzig, habe von 2017 bis 2019 als politischer Referent im Bundesvorstand mitgewirkt. Mein Wunsch war es, mit anderen ein linkes Netzwerk innerhalb des Vereins aufzubauen, um ihn nach links zu rücken und den sehr identitär-liberalen, vom Schwarzen Nationalismus kommenden Perspektiven materialistische Rassenanalysen und radikale Kapitalismuskritik entgegenzusetzen.

Warst du erfolgreich?

Unsere Ansätze sind in der ISD nicht hegemonial geworden. Es entstand eine Gleichzeitigkeit: Eher linke Leute konzentrierten sich auf Bündnispolitik und engagierten sich in Zusammenhängen wie dem Tribunal „NSU-Komplex auflösen“. Die deutlich größere liberale Fraktion fokussierte sich auf Professionalisierung. Zu dieser Zeit wurde das Programm „Demokratie leben!“ ins Leben gerufen –

eine Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), mit dem Ziel, Projekte, Initiativen und Partnerschaften zu fördern, die sich für Demokratie, Vielfalt und gegen Extremismus einsetzen. In der ISD herrschte die Hoffnung auf mehr Effektivität im Aktivismus – und so wurden bald erste Förderanträge geschrieben. Auch ich hatte dann eine darüber finanzierte Stelle und konnte in Echtzeit beobachten, wie das Akzeptieren staatlicher Gelder eine vom Ehrenamt getragene Organisation verändert.

Wie denn?

Viele dieser Organisationen setzen sich heute überwiegend aus Wissenschaftler:innen, gut vernetzten Aktivist:innen oder institutionell eingebundenen Expert:innen zusammen. Auch durch staatlich geförderte Programme hat sich ein ganzes Ökosystem aus Panels, Workshops, Publikationen und Projektförderungen entwickelt – viele, mich eingeschlossen, betreiben ihren Aktivismus mittlerweile auch im Rahmen beruflicher Laufbahnen. Mit all dem Negativen, was auch dazugehört: zunehmender Konkurrenzdruck unter den Akteur:innen oder Belastung durch bürokratische Anforderungen etc. Statt langfristiger Strategien und kollektiver Entscheidungsprozesse dominieren so symbolische Protestaktionen, medienwirksame Hashtags und kurzfristige Empörungswellen. Diese Form des Aktivismus agiert dabei oft weitgehend losgelöst von der gesellschaftlichen Basis – etwa migrantischen Kiezen oder betrieblichen Strukturen – die viele Organisationen eigentlich zu vertreten beanspruchen. Zwar gelingt es, temporär öffentliche Debatten zu beeinflussen und Aufmerksamkeit zu

erzeugen, doch die politische Durchsetzungskraft antirassistischer Forderungen bleibt begrenzt.

War das dein Grund, in Die Linke einzutreten?

Tatsächlich habe ich die Hoffnung, dass die Partei eine Lücke füllen könnte, die professionalisierte, migrantische Selbstorganisationen zunehmend hinterlassen. Denn eine antirassistische Organisation mit Durchsetzungsperspektive muss auf nachhaltige Strukturen setzen: Mieter:innen-Initiativen, Arbeitskämpfe, Stadtteilorganisation, solidarische Netzwerke – Ansätze, die unmittelbar an den Lebensrealitäten anknüpfen und direkte Verbesserungen erkämpfen. Ob Die Linke dieses Potenzial ausschöpfen wird, hängt auch davon ab, wie gut Antirassist:innen sich innerhalb der Partei vernetzen und ihre Perspektiven und Forderungen artikulieren und durchsetzen können. Auch deshalb bin ich hier.

Du bist direkt in den Bundestagswahlkampf gestolpert. Welche Erfahrungen hast du da gemacht – sowohl in der Partei als auch außerhalb, wenn du Wahlkampf für Die Linke gemacht hast?

Ich habe bisher sehr gute Erfahrungen gemacht – auch wenn sie nicht immer durchweg positiv waren. Meine Erfahrungen rund um den Haustürwahlkampf in Neukölln waren sehr prägend für mich. In meinem Kiez werde ich gelegentlich angesprochen, seit sich herumgesprachen hat, dass ich Elif Eralp kenne. Die Menschen teilen mit mir ihre Sicht auf die Probleme im Viertel – das beeindruckt mich. Innerhalb der Partei habe ich viele großartige Genoss:innen kennengelernt. Was mich allerdings manchmal irritiert, ist ein gewisser Mangel an demokratischer Mitbestimmung in Bezug auf Abgeordnete und Fraktionen. Als Basismitglied würde ich mir wünschen, kollektiv mehr Einfluss auf Entscheidungen und das Handeln der Abgeordneten nehmen zu können.

Ist Die Linke denn ein Ort, an dem sich Migrant:innen wohlfühlen können?

Ich finde die Frage falsch. Ich bin Sozialist in einer linken Partei – ich erwarte keinen Wellnessurlaub. Natürlich gibt es Dinge, die sich in sehr deutsch geprägten Zusammenhängen ändern müssen, das Essen beispielsweise, aber ich mag die Position nicht, in die Migras durch diese Frage gebracht

werden: Die, die jammern und verletzt sind, denen die guten weißen Linken mit großer Geste Platz machen müssen. Ich sehe das anders: Ohne uns läuft der Laden nicht. Weder bezogen auf die Gesamtgesellschaft noch auf sinnvolle sozialistische Politik. Es wird dann für eine Partei wie Die Linke problematisch, wenn Themen, Positionen, Analysen und Strategien von Migras kleingehalten oder auf bloße Repräsentationspolitik beschränkt werden.

Was sind die wichtigsten Themen, für die sich Die Linke deines Erachtens einsetzen sollte – persönlich wie auch aus Sicht von Migrant:innen?

Wir erleben derzeit eine weltweite Konjunktur autoritärer Projekte. Die brutale Verschärfung des ohnehin menschenverachtenden europäischen Grenzregimes, die Externalisierung der EU-Außengrenzen sowie Zwangsverwahrungen in Form von Gefängnissen, Lagern und ähnlichen Einrichtungen – all das sind, neben den Kriegen, zentrale Ausdrucksformen dieser autoritären Entwicklung. Maßnahmen wie ein Mietendeckel oder ein höherer Mindestlohn – so wichtig und notwendig sie auch sind – greifen in diesem Zusammenhang nur begrenzt. In der antirassistischen Bewegung haben in den letzten Jahren besonders jene Perspektiven an Bedeutung gewonnen, die sich kritisch mit staatlicher Gewalt und Repression auseinandersetzen. In der Partei hingegen sind solche Positionen bislang nur vereinzelt präsent. Die Philosophin Bini Adamczak hat zudem darauf hingewiesen, dass die faschistischen Projekte, mit denen wir es derzeit zu tun haben, international gut vernetzt sind – während wir als Linke mit unserer Organisationsstruktur im nationalen Rahmen weitgehend gefangen sind. Aus meiner Sicht ist eine Internationalisierung der Partei – bezogen auf die Organisationsform – eine Aufgabe, der wir uns mit langem Atem widmen sollten. Die Linke soll sich nicht für Migras einsetzen, sondern sich selbst migrantisieren. Denn: Im falschen Rahmen kann man keine richtige Politik machen.



Vincent Bababouilabo ist Musiker und Autor aus Berlin. Er arbeitet im Bereich der Geschichtsvermittlung und war für Team Ferat an Neuköllns Haustüren.



Strategie für den Mietendeckel: **Druck aufbauen, Strukturen stärken, konkret helfen**

Philipp Möller

Der bundesweite Mietendeckel war eine zentrale Forderung der LINKEN im Bundestagswahlkampf. In den kommenden Jahren geht es darum, ihn Schritt für Schritt Realität werden zu lassen.

Aktuell ist die wohnungspolitische Debatte weitgehend zum Stillstand gekommen. Nach einer kurzen Phase des Aufbruchs – sichtbar etwa in der Einführung des Berliner Mietendeckels und dem erfolgreichen Volksentscheid zur Vergesellschaftung großer Wohnkonzerne – ist die Dynamik seit Ende 2021 weitgehend erlahmt. Der Volksentscheid wurde nicht umgesetzt, die Ampel hat nicht ein einziges Gesetz zum Schutz von Mieter:innen vorgelegt und auch von der neuen Bundesregierung ist nichts zu erwarten.

Trotz der düsteren Ausgangsbedingungen muss Die Linke beim Mietendeckel am Ball bleiben und ihn in den Fokus der geplanten Schwerpunktkampagne stellen. Dabei sollte der Mietendeckel parlamentarisch vorangetrieben und Die Linke als Partei der Mieter:innen durch organisierende Arbeit in den Stadtteilen verankert und durch konkrete Hilfe für Mieter:innen greifbar gemacht werden.

Vom Mindestlohn lernen: Mietendeckel in die Parlamente tragen

Ein bundesweiter Mietendeckel muss vom Bundestag beschlossen werden. Das macht das Parlament zu einer entscheidenden Bühne. Die Linke hat in den letzten Jahren – im Bund, in Ländern und Kommunen – häufig als einzige Partei konsequent fortschrittliche wohnungspolitische Vorschläge eingebracht und die Mietenkrisis zum Thema gemacht. Diesen Weg müssen wir weitergehen und mit Anträgen, Debatten, Anfragen und Gesetzesentwürfen zum Mietendeckel weiter zuspitzen.

Ein Vorbild ist der gesetzliche Mindestlohn: Auch den setzte Die Linke 2005 als erste Partei auf die Tagesordnung und erst in den Jahren danach nahmen Gewerkschaften und SPD die Forderung auf. Mit Anträgen, die exakt die SPD-Beschlusslage haargenau widerspiegeln, trieb Die Linke die Sozialdemokratie im Bundestag vor sich her – bis der Mindestlohn 2015 eingeführt wurde. Ähnlich verhält es sich beim Mietendeckel: Breite gesellschaftliche Mehrheiten wollen mehr staatliche Eingriffe in den Wohnungsmarkt, doch nur die Linke repräsentiert diese Stimmen im Parlament.

Parlamentarisch lässt sich der Mietendeckel nicht nur auf Bundesebene fordern. Auch auf Landes-



und kommunaler Ebene kann Druck gemacht werden – etwa durch die Forderung nach Mietensstopps bei öffentlichen Wohnungsunternehmen. Städte wie München und Berlin haben das bereits vorgemacht. Ähnlich wie beim Mindestlohn, der für öffentliche Aufträge in Landesvergabegesetzen zunächst in einigen Bundesländern eingeführt wurde, können auch beim Mietendeckel landespolitische Initiativen den Weg für eine bundesweite Lösung ebnen.

Partei als organisierende Kraft

Die Durchsetzung des Berliner Mietendeckels im Februar 2020 war der größte Angriff auf das Immobilienkapital in den letzten Jahrzehnten und die Widerstände gegen das Gesetz immens. Getragen wurde das Gesetz durch eine weit verzweigte und über Jahre hinweg kontinuierlich gewachsene Mietbewegung, die die Politik durch wachsende Proteste und den Enteignungsvolksentscheid zum Handeln zwangen.

Heute ist die Bewegung bundesweit geschwächt und die Zeit großer Mobilisierungen scheint vorerst vorbei. Gleichzeitig erlebt Die Linke aktuell großen Zulauf. Zwar kann und sollte die Partei nicht die Rolle der sozialen Bewegungen einnehmen. Dennoch muss Die Linke aus ihrer Position der Stärke heute viel stärker selbst als organisierende Kraft agieren. Anhand lokaler Konflikte rund um hohe Mieten, Heizkosten-Abzocke oder mangelhafter Instandhaltung oder durch den Start von Unterschriftenkampagnen oder Volksbegehren, etwa für einen Mietensstopp bei öffentlichen Wohnungsunternehmen, sollten lokale Initiativen aufgebaut bzw. ihr Aufbau unterstützt werden. Was uns dabei auszeichnet: Wir sind mehr als nur kurzfristige Kampagnen – wir können Mieter:innen

in der Partei dauerhaft organisieren, Erfahrungen bündeln und Kämpfe miteinander verbinden. So können wir auch den Aufbau eines mietenpolitischen Vorfeldes der Partei unterstützen, das mittelfristig auch wieder auf der Straße wirken und neuen politischen Druck entfalten kann.

Helfen statt reden: Den Gebrauchswert der Partei stärken

Mit dem Heizkostencheck und der Mietwucher-App hat Die Linke im Wahlkampf gezeigt, dass sie nicht nur redet, sondern konkret hilft. Daran müssen wir anknüpfen: niedrigschwellige Angebote, mit denen Mieter:innen sich wehren können und durch die wir sie als Partei konkret im Alltag unterstützen – und die gleichzeitig politischen Druck erzeugen.

Schon heute gibt es Erfolge: Bislang wird Mietwucher nur in Frankfurt konsequent verfolgt. Doch auf unseren Druck hin werden auch in Berlin und Hamburg Mietpreisprüfstellen eingerichtet. Die Mietwucher-App wird auf immer mehr Städte ausgeweitet – und sorgt dafür, dass das Thema in der Öffentlichkeit bleibt.

Auch die Fortführung der Heizkostenaktionen ist ein Baustein, um die Wohnkosten für Mieter:innen mithilfe der Partei bereits jetzt zu senken, und sollte mit der Fortführung der Haustürgespräche sowie dem Ausbau von Mietensprechstunden und Kooperationen mit Mietervereinen verbunden werden – all das zeigt: Die Linke macht im Alltag einen Unterschied. Das stärkt das Vertrauen in uns als Partei der Mieter:innen.

Die Umsetzung eines bundesweiten Mietendeckels wird kein Selbstläufer und erfordert einen langen Atem. Aber der Mindestlohn hat gezeigt: Auch aus der Opposition lassen sich politische Projekte durchsetzen – wenn wir als Partei dranbleiben, konkrete Unterstützung bieten und gesellschaftliche Mehrheiten organisieren.



Philipp Möller ist Stadtsoziologe und seit Jahren in der Berliner Mietbewegung aktiv. Außerdem ist er Co-Host beim Podcast "Schöner Wohnen – Der Podcast zur Wohnungsfrage".

Wir alle statt nur Auserwählte

Robert Blättermann

Die Linke hat rund um den Jahreswechsel 2024/25 eine nie zuvor gesehene Eintrittswelle erlebt. Wer sind die neuen Mitglieder und was treibt sie an?

Im Oktober 2023 hatte Die Linke 50.000 Mitglieder. Im März 2024 sind es über 110.000 Mitglieder. Innerhalb von 17 Monaten hat sie sich also verdoppelt. Das Durchschnittsalter betrug 2023 noch 54 Jahre, heute sind es 39 Jahre. Das Durchschnittsalter der 60.000 Menschen, die in dieser Zeit eingetreten sind, liegt bei um die 30 Jahre. Die Linke hat sich damit defacto neu gegründet.

Wenn wir über ihre Beweggründe mutmaßen, sind ihre politischen Erfahrungen der letzten zehn Jahre besonders interessant. Kurz lohnt aber ein Blick zurück auf die Gründungszeit der Linken – also die Zeit 2007 bis 2015. Die Debatten der ersten Jahre waren geprägt von der internationalen Banken- und Finanzkrise und das gesellschaftliche System stand unter Legitimierungsdruck. Frank Schirrmacher schrieb 2011 einen Leitartikel in der FAZ mit der vielzitierten Fragestellung: „Hatte die Linke am Ende doch Recht?“ Es gab die Occupy-Bewegung in den USA, den arabischen Frühling und die ägyptische Revolution. Wir erlebten linke Wahlgewinne in Lateinamerika. Die linke Syriza-Regierung in Griechenland kämpfte gegen Schäuble und Merkel. Es war eine Zeit des politischen Aufbruchs und verschiedener Hoffungsprojekte auf der ganzen Welt.

Viele unserer Mitglieder, um die 30 Jahre alt, politisiert in den letzten Jahren, haben diese Erfahrungen nicht gemacht. Trotz großer antirassistischer, antifaschistischer und sozialer Kämpfe haben sie erlebt, dass der Aufstieg der AfD in den letzten Jahren nicht gestoppt wurde. Die Demonstrationen von Millionen Menschen im Rahmen der Fridays for future haben nicht dazu geführt, dass von der Bundesregierung echte Maßnahmen gegen den Klimawandel ergriffen wurden.

Aus imperialen Konflikten, die Großmächte jahrelang vorzugsweise über wirtschaftliche Gewalt ausgelebt hatten, wurde eine Normalisierung militärischer Gewalt und immer mehr Aufrüstung weltweit, gerade auch zu beobachten in Deutschland. Und wir haben insgesamt erlebt, wie sich die Interessen des Kapitals die letzten Jahre immer dreister durchgesetzt haben: im Energiesektor, bei steigenden Lebensmittelpreisen, beim Wohnungsmarkt, im Gesundheitssektor, im Bildungsbereich.

Wir feierten zu wenig Siege, führten einige Abwehrkämpfe und zu vieles konnten wir nicht verhindern. Wir mussten uns in den letzten zehn Jahren an eine Welt gewöhnen, in der die Zumutungen des Neoliberalismus jeden Tag schlimmer wurden und in seinem Windschatten die Nazis immer stärker. Diese Erfahrungen haben die gesellschaftliche Linke geprägt.

Trotz Dauerstreit in der toxischen linken Bundestagsfraktion fanden die Leute die Linke nicht komplett daneben, aber häufig war zu unklar, was

wir eigentlich als Linke bewirken können und wozu es uns dann noch braucht.

Diese Ausstrahlung haben wir in den letzten ein, zwei Jahren ins Gegenteil verkehrt. Wir kämpfen und wir können siegen! Dafür brauchen wir auch dich! Wir brauchen die breite Beteiligung tausender Mitglieder, um hunderttausende Menschen außerhalb der Linken zu erreichen und zu organisieren. Jede Person, die mitmacht, macht einen Unterschied! Wir haben Menschen wieder Hoffnung gegeben.

Wir fragen uns also nicht nur, wie wir über 60.000 neue Mitglieder einbinden können, sondern wie wir gemeinsam eine Organisation aufbauen, die politisch wirksam ist. Wie muss die neue Linke aussehen, die in der Lage ist, die Interessen unserer Klasse durchzusetzen?

Als drei Eckpfeiler für eine wirksame Partei haben wir in der Bundesgeschäftsstelle entwickelt: Gemeinschaft, Handlungsfähigkeit und Ausbildung.

Gemeinschaft bedeutet, dass wir eine sozialistische Partei und Strukturen aufbauen, in denen Solidarität, Zugehörigkeit und Verbundenheit spürbar wird. Wir wollen eine Linke aufbauen, zu der man gerne kommt. Für so eine Organisation sind sehr viele Themen relevant. In der politischen Kommunikation brauchst du drei Botschaften, weil man 100 Seiten Programm nicht unterbringt. Es wird daher zentrale Kampagne geben, damit vor Ort viele Leute an einem Projekt arbeiten können. Aber drei Botschaften und eine Kampagne bedeuten nicht, dass alle anderen Themen unwichtig sind.

Unsere lokalen Strukturen müssen sich theoretisch wie praktisch ebenso mit den Themen Rassismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit, Klassismus, Ableismus auseinandersetzen. Diese Unterdrückungsformen sind Teil der Gesamterfahrung der Klasse wie auch unserer Mitglieder. Sozialistische Organisation hat die Aufgabe, Unterdrückung zu bekämpfen statt sie zu reproduzieren. Das geht nur, indem wir diese Themen bearbeiten und somit die Voraussetzung schaffen, dass Menschen sich bei uns wohlfühlen und wiederkommen.

Handlungsfähigkeit bedeutet, dass man gleichzeitig seine Strukturen so entwickelt, dass aus vier Arbeitsgruppen und vier Ortsgruppen nicht acht verschiedene Pläne entstehen. Wir müssen Koordinationsräume schaffen, damit es vor Ort

einen gemeinsamen Plan gibt. Vergesst nicht: Wir haben teilweise Kreisverbände mit 1000 bis 4000 Mitgliedern. Wenn wir es schaffen, dass wir unsere Energie an gemeinsamen Projekten auch außerhalb vom Wahlkampf freisetzen, können wir richtig was erreichen.

Ausbildung bedeutet, dass wir uns innerhalb unserer Strukturen darin befähigen, die Welt besser zu verstehen, um sie zu verändern. Unsere Klasse wird oft leider nicht darin ausgebildet, die Regeln der kapitalistischen Welt zu verstehen. Wir bekommen nicht in der Schule, im Betrieb oder an der Hochschule beigebracht, wie man den ganzen Blödsinn beendet und eine Gesellschaft der Solidarität schafft, die wir Sozialismus nennen. Wir haben aber die Fähigkeiten, sie schlummern in uns.

Unsere Organisation muss ein Ausbildungsraum sein, in dem Mitglieder befähigt und ausgebildet werden, theoretische Fragen zu beantworten, Redebeiträge zu halten, Kampagnen und Veranstaltungen zu organisieren. Eine Ausbildungskultur in der Gruppe bestärkt vor allem Menschen, die selbst Unterdrückungserfahrungen bspw. wegen ihrer Herkunft oder geschlechtlicher Identität gesammelt haben, weil diese Erfahrungen ihre Entfaltung begrenzt haben. Sozialistische Organisation entwickelt ein diverses Kollektiv und nicht wenige Auserwählte.

Ob man 20 Minuten oder 20 Jahre Mitglied der Partei ist: Wir suchen in der Linken was für das Herz, was für die Hand, was für den Kopf. Wir brauchen Gemeinschaft, Handlungsfähigkeit und Ausbildung, um eine Partei aufzubauen, die real in Klassenauseinandersetzungen wirksam ist. Wir wollen nicht nur die Energie der 64 Mitglieder der Bundestagsfraktion, sondern die Energie von über 110.000 Genoss:innen freisetzen, um mit Millionen Menschen die Interessen unserer Klasse durchzusetzen.



Robert Blättermann ist Mitarbeiter in der Bundesgeschäftsstelle Der Linken. Dort arbeitet er schwerpunktmäßig in den Bereichen Organizing und Bildung.

Meine Generation setzt auf Die Linke

Nathalie Steinert

Insbesondere junge Menschen haben Die Linke gewählt oder sind sogar Mitglieder geworden. Wie verhindern wir eine vergleichbare Enttäuschung wie zuletzt durch die Grünen und in der Klimabewegung?

In den letzten Monaten hat eine neue Generation an jungen Aktivist:innen ihren Weg zur Linken gefunden. Ich finde es wichtig, zu verstehen, mit welchem Lebensgefühl meine Generation aufgewachsen ist: Ich selbst habe meine ersten politischen Erfahrungen in der Seebrücke-Bewegung gesammelt, beim feministischen Streik, im #Unteilbar-Bündnis – als eine Gesellschaft der Vielen noch greifbar schien. Seitdem hat sich vieles verändert. Mittlerweile werden Menschenrechte in Frage gestellt und die Grenzen militärisch abgesichert.

Mit Fridays For Future, der größten Jugendbewegung seit Jahrzehnten, hatten wir kurz das Gefühl, wirklich etwas bewegen zu können. Viele wurden enttäuscht. Heute fühlt es sich so an, als hätten wir uns als Gesellschaft dazu entschieden, die Klimakatastrophe einfach zu verdrängen, obwohl sie den Fortbestand der menschlichen Zivilisation in Frage stellt.

Auf die Schulstreiks folgte die Corona-Pandemie. Die Schulen waren zu, die Unis waren dicht, wir verbrachten den Großteil unserer Zeit allein in unseren Zimmern, anstatt Erfahrungen fürs Leben zu sammeln. Was das mit der mentalen Gesundheit einer ganzen Generation angerichtet hat, darüber spricht fast keiner.

Wir sind in einer Zeit aufgewachsen, in der uns Frieden beigebracht wurde, jetzt sollen wir Krieg akzeptieren. Wir müssen mit anschauen, wie "Nie

wieder Krieg" seine Bedeutung verliert, wie in Gaza ein Genozid verübt und Protest dagegen kriminalisiert wird. Wir müssen zusehen, wie die Losung "Nie wieder Faschismus" entwertet wird, weil eine im Kern faschistische Partei, welche die Deportation von Millionen unserer Freund:innen, Nachbar:innen und Kommiliton:innen plant, in Umfragen stärkste Kraft Deutschlands wird und rechtsradikale Gewalt massiv zunimmt.

Neben dieser globalen Drohkulisse spüren wir Leistungsdruck und Zukunftsängste. Meine Generation ist damit aufgewachsen, dass alles immer nur schlimmer wird. Sie lebt in der Erwartungshaltung, dass hinter der nächsten Ecke eine weitere Bedrohung lauert. Das Comeback der Linken und der Zuspruch unter den jungen Menschen zeigt aber eben auch, dass ein Teil dieser Generation sich entschieden hat, all das nicht mehr hinzunehmen.

Vor über einem Jahr haben wir als SDS begonnen, „Studis gegen Rechts“-Gruppen an Hochschulen zu gründen. Mittlerweile gibt es sie in über 35 Städten. Neu politisierte Studis haben die größten studentischen Vollversammlungen der letzten 15 Jahre organisiert, sind zu Hunderten nach Riesa gefahren, um den AfD-Parteitag zu blockieren. Sie haben stundenlang in einer sächsischen Kleinstadt auf dem kalten Boden gesessen. Die gleichen Leute waren nur wenige Tage später morgens an den Streikposten der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst und nachmittags mit der Linken an den Haustüren.

Sie sind bereit, sich den Faschisten unter Einsatz ihrer eigenen Körper in den Weg zu stellen und sie füllen zugleich den Begriff der Klassenpolitik mit neuem Leben. Dazwischen sammeln sie Erfahrungen, wie man gezielt Macht aufbauen kann, um zu gewinnen. Sie wissen: Sie werden diejenigen sein,



die die Faschisten stoppen, oder dabei zusehen müssen, wie die AfD an die Macht kommt. Das setzt unglaubliches Potential frei.

Ich möchte folgende Vorschläge machen, wie wir mit dieser Verantwortung umgehen können:

1. Der Rechtsruck bricht nicht einfach über uns herein; die Klimakrise wird nicht aus Versehen von den Regierenden ignoriert; Armut ist nicht einfach nur Pech in der Lebenslotterie, sondern alles ist Folge bewusster Entscheidungen. Mir wurde im SDS ein marxistischer Kompass mitgegeben, der mir Orientierung gibt und auch gegen aufkeimende Verzweigung hilft. Viele der jungen Menschen, die ich zuletzt kennengelernt habe, wollen lernen und besser verstehen, warum die Welt ist, wie sie ist und wie wir uns dagegen wehren können. Wir brauchen eine breit angelegte Ausbildungsoffensive – von Partei, Linksjugend und SDS. Ich denke an eine neue Lesekreisbewegung, an regelmäßige Theorie-Sonntage oder ein politisches Festival der Linken, wo wir Grundlagen politischer Ökonomie oder des Parteaufbaus lernen oder Blockadetrainings machen.
2. Wenn wir die jungen Leute, die zur Bundestagswahl ihre Hoffnung in die Linke gesetzt haben, nicht enttäuschen wollen, dann müssen wir sie als Akteure ernstnehmen. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, dass Die Linke in den Bundestag gekommen ist. Welche Rolle können Unis, Schulen und Berufsschulen beispielsweise bei der Umsetzung eines bundesweiten Mietendeckels spielen? Andersherum muss sich Die Linke ernsthaft mit den Anliegen der jungen Menschen befassen. Sie machen sich nicht nur Sorgen um zu teure WG-Zimmer, sondern fürchten auch die Wiedereinführung der Wehrpflicht oder haben Angst vorm Faschismus. Die Energie junger Menschen und Studierender kann politi-

sche Systeme ins Wanken bringen. Diese Energie sollten wir nutzen und die vielen jungen Menschen, die zu uns gekommen sind, in Verantwortung bringen, um mit uns gemeinsam etwas zu bewegen.

3. Wir müssen uns eingestehen, dass es uns als SDS oder Linksjugend nicht immer gelungen ist, dieses Potential unter jungen Menschen zu heben. Wenn die Welt ihnen nichts mehr zu bieten hat, dann sollte es unsere Aufgabe sein, ihnen Hoffnung und die Aussicht auf Veränderung zu bieten. Ich wünsche mir etwa mit dem SDS einen Verband, an dem am Campus niemand mehr vorbeikommt, ob aufgrund von Protesten, Gestaltung physischer Räume wie Lerncafés, wegen kritischer Ringvorlesungen zu den Fragen unserer Zeit oder systematischer Vorlesungsinterventionen. Tausende Mitglieder werden die Auseinandersetzungen an den Hochschulen ebenso prägen wie gesellschaftliche Kämpfe, die über den Campus hinausgehen. Wir wollen eine linke Bewegung an den Hochschulen aufbauen, die an der Dynamik und Schlagkraft der Studierendenbewegung von 1968 anknüpfen kann.

Meine Generation hat sich entschieden, ihre Hoffnung auf eine solidarische Welt mit der Linken zu verbinden. Wir müssen nun beweisen, dass die Linke einen Unterschied machen kann. Dafür werden wir sie brauchen: an den Unis und in den Schulen, im Kiez und auf den Barrikaden!



Nathalie Steinert ist Geschäftsführerin beim SDS und im Kreisverband der Linken in Leipzig aktiv. Außerdem wirkt sie bei Studis gegen Rechts mit.



Menschen empowern, die Rassismus erfahren

Mersedeh Ghazaei

Vor einigen Jahren hatte sich mit LINKS*KANAX ein migrantisches Netzwerk innerhalb der Partei Die Linke gegründet. Mit der jüngsten Erneuerung der Partei erfährt es neuen Zuwachs und migrantische Stimmen in der Linken werden endlich wieder lauter.

Wir stehen an einem Wendepunkt. Die gesellschaftlichen Herausforderungen sind gewaltig: Rechtsruck, Ausbeutung, soziale Ungleichheit, Klimakrise, rassistische Polizeigewalt, Femizid um Femizid – und doch erleben wir, dass progressive Bewegungen unterschätzt und belächelt werden. Wenn wir eines wissen, ist es, dass Veränderung nicht von allein kommt. Veränderung braucht Menschen, die sich einmischen, ihre Stimmen

erheben, die kämpfen und die nicht akzeptieren, dass Ungerechtigkeit einfach weiterbesteht und der kaputte Status Quo hingenommen wird.

Seit Juni 2020 bin ich bei der Migrantifa Stuttgart und in verschiedenen Zusammenhängen aktivistisch und antirassistisch verankert. Die Migrantifa-Bewegung hat sich nach dem rassistischen Terroranschlag am 19. Februar 2020 in Hanau gegründet, mit einer klaren Botschaft: Wir Betroffenen von Rassismus lassen nicht mehr über uns reden oder mit uns reden, sondern wir können auch ganz gut für uns selbst reden. Denn anti-rassistische Kämpfe dürfen nicht von außen betrachtet und gelenkt werden, sondern sie müssen von denjenigen geführt werden, die tagtäglich mit Rassismus konfrontiert sind. Genau das ist auch der Grundgedanke hinter LINKS*KANAX.

Trotz jahrelanger Nähe zur Partei bin ich selbst dann erst im September 2023 eingetreten – nicht, weil ich vorher nicht schon programmatisch überzeugt war, sondern weil der Weg in eine Partei für viele Migras eine riesige Hürde ist. Parteien sind nicht repräsentativ genug, Strukturen oft schwer zugänglich, und es kostet immense Überwindung, sich als BIPOC in mehrheitlich weiße Räume zu begeben. Dabei ist ein Drittel der Gesellschaft nicht biodeutsch! Wie kann es dann aber sein, dass bei einem baden-württembergischen Landesparteitag mit 200 bis 300 Menschen nur 20 bis 30 Migras sind? Dass vielleicht maximal drei Schwarze Menschen anwesend waren? Das ist kein Zufall, sondern ein strukturelles Problem, das auch unsere Partei betrifft. Um das zu ändern, haben wir auch in Stuttgart Links*Kanax gegründet – nicht um zu spalten, sondern als Ort der Vernetzung in und um die Partei herum für Migras, als Brücke in die Partei.

LINKS*KANAX gibt es seit 2019, musste aber gerade – wie in vielen anderen Bereichen der Partei – als Struktur wiederbelebt werden. Gleichzeitig haben wir mit anderen Genossinnen daran gearbeitet, LINKS*KANAX-Strukturen in der gesamten Bundesrepublik aufzubauen. Denn die Partei zu erneuern, bedeutet nicht nur, dass wir Ortsverbände stärken oder Kreisverbände in ländlichen Räumen weiter ausbauen wollen. Das ist zwar nötig und unglaublich wichtige Arbeit – aber das allein reicht nicht.

Die Linke muss die Partei sein, die politische Partizipation für alle ermöglicht. Ein Mietendeckel ist eine zentrale Forderung – aber Migras erleben nicht nur steigende Mieten, sondern auch Rassismus auf dem Wohnungsmarkt. Ein funktionierender Sozialstaat ist essenziell – aber wenn Menschen mit Migrationsgeschichte systematisch aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden, dann erfordert dies weitere Dimensionen und Ebenen der sozialen Kampagnen. Gute Bildungspolitik ist notwendig – aber sie muss auch die Realität von Schüler:innen mit Migrationsgeschichte berücksichtigen, die mit strukturellem Rassismus in der Schule konfrontiert sind. Das muss allerdings nicht nur aus antirassistischer Perspektive geschehen, sondern auch aus feministischer, queer*positiver, anti-ableistischer, klimagerechter Perspektive. Die Linke ist wiederauferstanden und solange wir da sind, ist die Linke jünger, weiblicher, migrantischer, diverser, sie ist intersektionaler.

Jetzt fragen sich Menschen vielleicht: Warum soll Antirassismus als Thema so in den Vordergrund rücken, warum nicht auch Feminismus, Anti-Ableismus, etc., und die Frage ist berechtigt. Meine Antwort darauf ist einfach: Die Parteien von den Grünen bis hin zur AfD und der dominierende Mediendiskurs bauen die politische Debatte auf Rassismus auf.

Geflüchtete und Migras werden für alles in diesem Land zum Sündenbock gemacht. Unzureichende Rente? Migration ist schuld. Zu niedrige Gehälter und keine Wohnungen? Migration ist schuld. Klimakrise? Migration ist schuld. Versucht euch mal vorzustellen, wie sich migrantisierte Menschen in diesem Land fühlen, wenn sie von allen für alles schuldig gemacht werden.

Wir empowern Menschen, die Rassismus erfahren – aber wir bleiben nicht unter uns. Wir arbeiten der Partei auf jeder Ebene zu: Wir unterstützen antirassistische Kämpfe auf der Straße und in Bündnissen, wir bringen Kandidat:innen in Mandate, wir bilden zu Rassismus, Antikolonialismus und sozialen Kämpfen weiter. Wir sind eine Brücke zwischen Bewegung und Partei. Und genau darum geht es: Die Erneuerung der Linken ist mehr als die Aktivität durch neue Mitglieder. Sie ist mehr als die Einhaltung einer Mindestquotierung. Sie ist mehr als die Senkung des Durchschnittsalters. Migras müssen in dieser Partei ihren Platz haben – nicht als Feigenblatt, nicht als Randthema, nicht als Token, sondern als integraler Bestandteil linker Politik.

Wir sind auf einem guten Weg, aber das bedeutet nicht, dass ihr euch zurücklehnen könnt. Wenn ihr ein Mandat habt oder etwas zu sagen habt in dieser Partei: Haltet die Augen offen, gebt Migras um euch herum eine Chance und holt sie zu euch. Gebt Migras die Repräsentation, die sie verdienen und die es geben muss, wenn sich die Linke antirassistisch nennen will. Wir machen diese Partei kämpferisch, widerständig und lebendig. Lasst uns das gemeinsam tun.



Mersedeh Ghazaei ist Studentin und aktiv im Kreisverband Stuttgart. Sie baut LINKS*KANAX in Baden-Württemberg und bundesweit mit auf.

Von Hoffnung und Last der Verantwortung

Kalle Kunkel

Die Linke musste sich verändern, um wieder Pol der Hoffnung zu werden. Auch für die vielen Linken, die sich außerparlamentarisch und damit außerhalb der Partei engagieren. Mit dem Erfolg stellen sich viele neue Fragen.

Das Wochenende der Bundestagswahl im Februar 2025 hatte alle Zutaten für einen richtig beschissenen Cocktail. Trotzdem bin ich am Morgen danach nicht mit einem politischen Kater aufgewacht, sondern mit ein klein wenig Hoffnung. Hoffnung, weil ihr mit fast 9 Prozent in den Bundestag eingezogen seid. Hoffnung, weil Die Linke in Berlin stärkste Kraft geworden ist und damit ein Raum des Denkbaren aufgestoßen wurde, den ich zuvor auf Jahre hinweg nicht für möglich gehalten hätte.

Ich mache seit über 20 Jahren außerparlamentarische Politik und ich hatte immer ein taktisches Verhältnis zur Partei Die Linke und ihren Vorgängern. Es gibt gute Gründe für dieses taktische Verhältnis. Die Integrationsmechanismen des parlamentarischen Betriebs und noch mehr von Regierungsbeteiligung oder auch die Eigenlogik einer Wahlpartei, die jede Aktivität und jedes Thema auch danach bewertet, ob es ihr Stimmen kostet oder Stimmen bringt. Die relative Autonomie außerparlamentarischer Politik hat daher eine wichtige Funktion im Ökosystem der gesellschaftlichen Linken. Hier werden radikale Ideen vorgedacht und mit Praxen experimentiert, lange bevor sie im politischen Betrieb satisfaktionsfähig sind. Soziale Bewegungen können gesellschaftliche Konflikte zuspitzen, wie es linken Parteien mit ihren Instrumentarien oft nicht gelingt. Aus diesen und vielen inhaltlichen Gründen hat die außerparlamentarische Linke, ob organisiert oder nicht, lange Sicherheitsabstand zur Partei Die Linke gehalten.

Mit dieser Bundestagswahl ist etwas aufgebrochen. Nicht nur sind viele Menschen mit und ohne politische Vorerfahrung in die Partei eingetreten. Auch viele Aktive aus der außerparlamentarischen Linken haben sich am Wahlkampf – vor allem an den Haustüren – beteiligt, ohne Mitglied zu werden. Viele hat dabei vor allem umgetrieben, die Linke vor dem parlamentarischen Aus zu retten. Die Vorstellung, dass der linke Horizont im Parlament bei SPD und Grüne endet, war furchtbar. Viel haben wir über Ressourcen gesprochen: die Möglichkeiten für parlamentarische Anfragen; die Rosa-Luxemburg-Stiftung als Infrastruktur der gesellschaftlichen Linken und ähnliches. Viele waren deshalb bereit, der Linken einen Vertrauensvorschuss zu geben und sie im Wahlkampf zu unterstützen. Ich muss zugeben, mir fehlte bis kurz vor der Wahl die Fantasie, dass die Partei es noch mal schaffen könnte. Umso beeindruckender ist es zu sehen, mit welcher strategischen, taktischen und vor allem aber auch handwerklichen Brillanz diese Auferstehung aus Ruinen gelungen ist.

Ich glaube, dass wir als außerparlamentarische Linke unser taktisch-distanziertes Verhältnis zur Partei überdenken müssen. Das hat zunächst gar nicht mal so viel mit den Entwicklungen der Partei zu tun.

Der Aufstieg der AfD, die Festigung ihrer Wähler:innenschaft und die Brutalisierung des Konservatismus haben uns etwas vor Augen geführt, was man als die Dialektik der Repräsentation bezeichnen kann: Parteien repräsentieren nicht einfach politische Identitäten oder Haltungen. Sie schaffen und festigen sie, indem sie sie repräsentieren. Und zwar ganz wesentlich dadurch, dass sie die gesellschaftlichen Konfliktlinien definieren, an denen sich diese Identitäten bilden. Meine Bilanz von uns als sozialen Bewegungen, aus den Kämpfen und Konflikten der letzten Jahre, lautet:



Die Kraft zur Definition einer klassenpolitischen Konfliktlinie und der Herausbildung eines sozialen Antifaschismus haben wir als außerparlamentarische Bewegungen nicht. Wenn ich nur dort bleibe, wo ich mich auskenne: Wir können 60 Prozent der Berliner:innen von der Enteignung großer profitorientierter Wohnungskonzerne und deren Vergesellschaftung überzeugen; wir können radikale Tarifikämpfe führen, in denen die Beschäftigten ihre eigene Macht spüren und sie Siege erringen, die ihr Leben verändern. Wir können Mieter:innen in Mariendorf Ost darin unterstützen, hundertfach ihre Heizkostennachzahlung zu verweigern und Vonovia so Hunderttausende Euro Schaden verursachen. Wir können all dies tun! Aber wir sind nicht in der Lage, im politischen Raum eine klassenpolitische Konfliktlinie zu definieren. Dafür brauchen wir Die Linke als Partei.

Meine Hoffnung besteht also nicht vor allem darin, dass ihr weiterhin im Parlament wichtige Anfragen stellt; dass die RLS weiter unsere Veranstaltungen finanziert und dass ihr alternative Steuerkonzepte ins Parlament einbringt. Ich bin am Morgen nach der Wahl hoffnungsfroh aufgewacht, weil der Umstand, dass ihr und die Art und Weise, wie ihr die fast 9 Prozent geholt habt, die Möglichkeit eröffnet, dass wir gemeinsam diese klassenpolitische Konfliktlinie definieren können; dass ein sozialer Antifaschismus politisch repräsentiert wird und sich gesellschaftlich konstituieren kann.

Das erwähne ich nicht nur, um für die historische Mission zu sensibilisieren, sondern weil ich wichtig finde, dass ihr als Partei die Last der Verantwortung spürt, die diese Rolle bedeutet. Für mich ist die Überwindung des distanziert-tak-

tischen Verhältnisses zu Euch als Partei überhaupt erst denkbar geworden, seitdem die Verwandlung spürbar wurde, die ihr gerade durchlauft. Denn sie gibt mir die Hoffnung, dass andere Formen von Aushandlungen möglich werden, die notwendig sind, um Vertrauen aufzubauen. Wir brauchen Formate, in denen wir nicht nur gemeinsame Kampagnen abstimmen, sondern in denen auch konkrete Politik ausgehandelt werden kann. Und zwar auch – das sage ich als leidgeprüfter Berliner – im Fall von Regierungsbeteiligungen. Das bringt Herausforderungen an euch ebenso wie an die zersplitterte, nicht-partei förmige Linke mit sich. Wie müssen die Räume für solche Aushandlungen aussehen? Wer spricht für wen? Wie gehen wir als außerparlamentarische Linke konstruktiv mit den Zwängen um, mit denen ihr im parlamentarischen Betrieb und noch mehr bei möglichen Regierungsbeteiligungen konfrontiert seid? Und zwar ohne, dass wir uns damit den Logiken dieser Zwänge unterwerfen. Wie werden die Mandatsträger:innen der Partei auf gemeinsame Verabredungen verpflichtet – siehe Bremen und Mecklenburg-Vorpommern. All das sind komplizierte und zum Teil unangenehme Fragen. Ich bin allen, die zum Erfolg am 23. Februar beigetragen haben dankbar, dass wir uns diesen unangenehmen Fragen nun gemeinsam stellen können.



Kalle Kunkel ist Gewerkschafter und außerparlamentarisch aktiv in der Mietenbewegung.



Politik **anders machen**

Luke Hoß

Passau gehörte zu den linken Kreisverbänden, die nach der Abspaltung des BSW am Boden lagen. Heute kann man sagen: Hier hat beispielhaft die Erneuerung der Linken stattgefunden. Und das mitten im schwarzen Bayern.

Der Landkreis Passau hat ca. 230.000 Einwohner:innen, davon leben ca. 50.000 in der Stadt. Wiederum ein Drittel von ihnen sind Studierende. Als der alte Kreisvorstand der Linken Ende 2023 zum BSW gewechselt ist, war unser Kreisverband tot. Wir hatten nur noch 36 Mitglieder. Es gab kein Büro, kein aktuelles Material, keine Strukturen, keine Aktiven und erst recht keinen Kontakt zu Bewegungen.

Mit einigen anderen erfahrenen Genoss:innen aus Bewegungen bin ich dann eingetreten, mit dem klaren Ziel, eine organisierende Kraft vor Ort aufzubauen. Wir haben viel ausprobiert, waren seit Juni 2024 an den Haustüren, haben eine erste Mieter:innenversammlung auf die Beine gestellt, haben dabei Fehler gemacht und viel gelernt.

Diese ersten Monate waren der Grundstein für den Strukturaufbau. Der Wahlkampf war für uns die Möglichkeit, ein motivierendes, aktivierendes Moment zu nutzen, um über unsere eigentlichen Möglichkeiten hinaus präsent zu sein. Wir haben dabei die ersten, im großen Stil angelegten Schritte für unser Ziel geschafft: die langfristige Verankerung vor Ort, durch klassische Stadtteilarbeit.

Die eigentlich dringend notwendige politische Bildungsarbeit haben wir hintenangestellt, und die Neuen sofort dazu ermächtigt, selbst in Aktion(en) zu gehen und zu spüren, was es heißt, Politik auch im Kleinen anders zu machen: zu den Menschen zu gehen und mit ihnen zu sprechen. Unsere Devise: Aktion first, alles andere second. Nach der Wahl holen wir jetzt die Bildungsarbeit nach.

Symbolisch für das, was wir geschaffen haben, steht für mich ein Nachbar: Wir haben ihn im Vorwahlkampf an seiner Haustür kennengelernt und fast eine Stunde gesprochen. Er hat sein ganzes Leben andere Parteien, sogar CSU oder FDP gewählt, engagiert sich aber im Kleinen für die Grünflächen in Passau. Er hat mir immer wieder erzählt, wie oft er dem Bürgermeister geschrieben hat, bei der SPD im Büro saß oder Andreas Scheuer (auch aus Passau) bei einem seiner wenigen Bürgergespräche gestellt hat. Die anderen Parteien haben ihm nie zugehört. Das hat ihn politisch ohnmächtig gemacht.

Seit unserem ersten Gespräch ist er fast jede Woche bei uns im Büro – unserem Begegnungsort, den wir während des Wahlkampfes aufgebaut haben, obwohl wir fast kein Geld hatten –, trinkt Tee mit uns. Kürzlich hat er angefangen, an fremden Haustüren Unterschriften für eine Familie zu sammeln, die zu uns in die Sprechstunde gekommen ist, weil sie aus ihrer Wohnung geräumt werden soll. Er kennt sie und kann die Ungerechtigkeit nicht ertragen.

Hilft uns diese Arbeit nun im gesamten Landkreis, auch jenseits der Stadt? Die ehrliche Antwort ist: Wie wir die Menschen in der Fläche in unsere politischen Aktivitäten einbinden, stellt uns vor große Herausforderungen. Was wir aber schon geschafft haben ist – und da haben wir auch von der Kommunikationsstrategie der gesamten Partei profitiert –, insbesondere auf Social Media mit unserem eigenen, lokalen Content junge Menschen im Landkreis zu erreichen und zu aktivieren. Wir haben mit Passau-spezifischen Themen und Aktionen im Wahlkreis monatlich knapp 14.000 Menschen erreicht. Keine Zeitung mit linken Themen könnten wir in dieser monatlichen Auflage verteilen. Wir haben unsere niederschweligen Angebote, wie unser Winterfest mit solidarischen Glühweinpreisen oder unser Nachbarschaftscafé beworben, damit aber gleichzeitig Interessierten gezeigt, wie sie sich bei uns einbringen können. Unheimlich viele, vor allem aber junge Menschen auch aus der Fläche, haben sich davon angesprochen gefühlt und sind teils unheimlich weite Wege gefahren, um Teil der Aktionen zu sein.

Wir sind innerhalb von einem Jahr auf inzwischen 170 Mitglieder gewachsen und haben in Passau an 4.500 Haustüren geklingelt – Team Ferat mag darüber lachen, aber das ist der geteilte 3. Platz in Bayern hinter München und Erlangen. Manch Journalist:in fragt mich jetzt, wie es ist, im tief-schwarzen Niederbayern Linker zu sein. Ob es überhaupt Menschen gäbe, die etwas mit uns zu tun haben wollen. Unsere Erfahrungen sind eindeutig: Auch in Niederbayern stand noch nie ein Aktiver irgendeiner Partei an der Haustür der Menschen und hat sie gefragt, wo der Schuh eigentlich drückt. Und wenn mal jemand da war, dann sicher niemand, der glaubwürdig darlegen konnte, dass es nicht nur um Stimmen zur Wahl geht, sondern darum, endlich was anders zu machen und sogar teilweise direkt Hilfe anbieten konnte. So wie wir mit unserer lokalen Rat & Hilfe Sprechstunde und Angeboten wie der Nachbarschaftsküche, aber auch der Heizkostencheck, der für uns ein unfassbar wichtiges Tool für unsere Glaubwürdigkeit war. Gleichzeitig ist auch bei uns das organisierende Element des Heizkostenchecks (Mieter:innenversammlungen, Sammelwiderrspruch etc.) im Wahlkampftrubel etwas untergegangen. Da wollen wir jetzt nachlegen. Denn die Leute fühlen sich auch in Niederbayern völlig zu recht im Stich gelassen.

Da setzen wir an und machen Politik auch wirklich anders. Für mich als neuen Mandatsträger heißt

das, nah dranzubleiben am Wahlkreis. An der Arbeit im Kreisverband, den ich die letzten Monate mitaufgebaut habe. Es reicht nicht, sich das nur vorzunehmen. Es müssen Strukturen geschaffen werden, die verhindern, dass Mandatsträger:innen abdriften und sich vom Parlament aufsaugen lassen. Das ist nicht leicht. Den Bezug kann man schon deshalb schnell verlieren, weil man wegen Pflicht-Terminen selten zuhause ist und sich damit kaum in die lokale Arbeit einbringen kann. Einen Teil meiner Basisarbeit kann ich zwar aus Berlin machen. Ich führe Telefonate, um z.B. der von Räumung betroffenen Familie Gehör zu verschaffen, bei der Presse oder ihrem Vermieter. Stelle Anträge an die Vorstandssitzung, zu der ich mich online zuschalte. Aber die Gefahr, dass man sich davon nach und nach distanziert und andere, „Berliner“ Termine priorisiert, ist real.

Um den Kontakt nicht zu verlieren, helfen eine Gehaltsdeckelung oder eine Mandatszeitbegrenzung, wie Gregor Gysi sie mir jüngst empfohlen hat. Darüber hinaus muss die politische Arbeit von Abgeordneten einen außerparlamentarischen Fokus haben. Es bringt nichts, nur die Diäten zu begrenzen und am Ende trotzdem jeden Tag im Bundestag abzuhängen. Vielmehr ist es unsere Aufgabe, die Ressourcen so zu nutzen, dass ehrenamtliche Arbeit – das Herz unseres Erfolgs – leichter möglich und effektiver wird und sich selbst dabei einzubringen. Dazu gehört, die Sozialsprechstunde selbst zu geben aber auch raus an die Türen zu gehen und rein ins Gespräch mit echten Menschen, statt Plausch in der parlamentarischen Gesellschaft mit den „Kolleg*innen“ von SPD & Grünen.

Politik anders zu machen heißt, glaubwürdig für die Interessen derer zu kämpfen, die seit Jahren im Stich gelassen werden, sowohl im Parlament als auch in der Nachbarschaft, im Betrieb, in der Bewegung. Und das heißt für mich, dass Abgeordnete nicht „Parlamentarier“ sind, sondern im besten Fall Organizer:innen.



Luke Hoß ist seit 2025 jüngstes Mitglied des Bundestags, natürlich für die Linksfraktion. Sein Kreisverband ist Die Linke Passau.



DIE LINKE.

**Du möchtest mitmachen
bei der Bewegungslinke?**

www.bewegungslinke.org